

Juli 1997 + Nummer 61 +
Die Prawda aus der Roten Flora
Abgabe unentgeltlich

free fallin'



Vorwort

Tauchen Sie ein in die Tiefen der Bleiwüste ! Haben Sie Spaß mit spannenden Themen und interessanten Artikeln ! Modernes Lay-Out wird Ihnen das Lesen der Texte erleichtern ! Wir wünschen Ihnen schon an dieser Stelle viel Spaß !
Die Red.

Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Infoläden und VerteilerInnen bezahlen lediglich die Portokosten von 1.50 (für 1-3 Exemplare), bzw. 2.50 bei 10 Exemplaren. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P: Peter Meyer, Bernadottestr.38 22765 Hamburg

Inhalt

EU Gipfel in Amsterdam	S. 3
Interim	S. 3
Lübeck	S. 4
„Der Krieg im ehem. Jugoslawien und die linke Politik"	S. 6
Aktion gegen Günther Elste	S.12
Brechmittelvergabe in Bremen	S.14

Im Ordner:
-JW-Kommentar
-„Militant und Bewaffnet ins nächste Jahrtausend"
-Ermittlungsverfahren gegen TeilnehmerInnen der antifaschistischen Demo gegen Hetendorfer Tagungswoche

Gegen ein Europa der Polizei

Während des EU-Gipfels in Amsterdam letzte Woche wurde das Recht auf Demonstration zeitweilig aufgehoben. Die niederländische Polizei war bemüht, jede Spur von oppositionellen Stimmen von den Straßen zu entfernen. Die Zahl der Verhafteten liegt um die 700. Am Sonntag, den 22.6.97 gibt es landesweit Demonstrationen in Holland gegen das polizeiliche Vorgehen.
Eine kurze Darstellung der Ereignisse:
Samstag, 14.6.: 150 ItalienerInnen werden gehindert, ihren Zug zu verlassen und an der Demo gegen Arbeitslosigkeit und unsichere Beschäftigung teilzunehmen. Diese waren ein Teil der italienischen Gruppe, die einen von zwei Zügen aus Mailand besetzt hatte, um für eine Freizügigkeit ungeachtet des Einkommens und des Aufenthaltsstatus zu demonstrieren. Aus Solidarität mit sich illegalisiert in Europa aufhaltenden Menschen, haben sie sich geweigert, sich auszuweisen. Sie wurden von der Polizei verhaftet und nach Italien zurückgeschickt. In der BRD bei Mannheim wurden alle fotographiert und der Zug von Aussen zugeklebt. Sie sind schließlich am Montag, den 16.6.97 um 22.00 Uhr in Mailand angekommen.
Sonntag, 15.6.: 348 Menschen werden eingekesselt und allesamt verhaftet, als sie versuchen, eine Demonstration anzufangen. Als Grund für die Festnahme wird der niederländische Paragraph 140 benutzt, d.h. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung.
Montag, 16.6.: 140 Menschen werden verhaftet, als sie versuchen, einen Umzug um die Hotels herum zu machen, wo die EU-PolitikerInnen übernachten. Auch UnterstützerInnen, die ausserhalb des Kessels stehen, werden gleich mitgenommen. Es scheint, die Polizei will in dieser Nacht einfach alle mitnehmen, die überhaupt das Maul aufmachen.
Während sich dies auf den Straßen ereignete, wurde in der niederländischen Bank der Ausbau der staatenübergreifenden Polizeibehörde Europol von den PolitikerInnen beschlossen. Auffällig ist der Bericht, daß auch Scotland Yard und Interpol die Identitäten der Festgenommenen überprüfen wollten. Die europäische Zusammenarbeit scheint gut zu laufen.
Die Polizei ist zum Schutz des Kapitals und der besitzenden Klasse da. Dies hat sie in Amsterdam nochmal deutlich gemacht. In diesem Sinne sind wir gegen ein Europa der Polizei und gegen ein Europa des Kapitals!

Interim - Ein Prinzip kann man nicht zerschlagen

Am 12.6.97 durchsuchten in Berlin 500 Bullen im Auftrag der Berliner Staatsanwaltschaft mindestens 9 Wohnungen bzw. Projekte und eine Druckerei.
12.6. Das ist fast genau zwei Jahre nach dem massiven Staatsschutzangriff auf linksradikale Strukturen vom 13.6.95. Damals wurde unter anderem die Zeitschrift *radikal* als kriminelle Vereinigung nach §129 konstruiert, die die „Unterstützung terroristischer Vereinigungen zum Ziel habe“ Die Prozesse gegen die Beschuldigten aus dem radikal-Verfahren stehen noch aus.
Noch bevor klar ist, ob sich das Konstrukt gegen die radikal und ihre angeblichen MacherInnen juristisch halten läßt, wird jetzt in Berlin schon der nächste Angriff auf ein linksradikales Zeitungsprojekt gestartet. Im Gegensatz zur *radikal* wird die *Interim* aber offenbar nicht als ganzes Projekt nach 129/129a verfolgt, sondern wegen einzelner Ausgaben sind die angeblichen MacherInnen der „Belohnung und Billigung von Straftaten“ (was immer das sein mag) beschuldigt worden.
Bisher wurden im Zuge der Durchsuchungen 8 Leute, die in ihren Wohnungen angetroffen wurden, vorübergehend festgenommem, ED-behandelt und am Nachmittag wieder freigelassen. Ob es weitere Konsequenzen haben wird, bleibt abzuwarten.
(...)
Deshalb jetzt erst recht...
Wir bestimmen selbst, was wir lesen wollen!

Erklärung einiger „InterimlerInnen“
Seit neun Jahren erscheint die *Interim* wöchentlich. Observationen, Verfolgungen, Ermittlungsverfahren konnten ihr Erscheinen nicht verhindern. Der Verfassungsschutzbericht 1995 machte das „hohe Maß an Vertrauen und Disziplin unter den MacherInnen“ dafür verantwortlich, daß es ihnen bisher nicht gelungen ist, uns mundtot zu machen. Nun glauben die Polit-Kommissare, einen Fang gemacht zu haben.
Dazu erklären wir folgendes:
1.) Es gibt keine feste *Interim*-Redaktion, genausowenig wie eine feste *Interim*-Produktion oder - Vertrieb. Die Zeitung wird ständig von anderen Menschen zusammengestellt, produziert und unter die Leute gebracht.
2.) Wenn irgendwo Papiere gefunden werden, die in der *Interim* erschienen sind, dann heißt das gar nichts. Die *Interim* hat einen zugänglichen Postkasten, jede/r hat die Möglichkeit, Papiere an die Adresse zu schicken, und wir wüßten nicht, was das für einen Straftatbestand erfüllen sollte.
3.) Die Bullen haben Druckmaschinen auseinandermontiert, Computer und Akten beschlagnahmt, Verfahren gegen einzelne Leute eingeleitet. Es ist lächerlich zu glauben, daß sie damit die *Interim* zerschlagen hätten. Die *Interim* ist ein Kommunikations-PRINZIP: der unzensierte, d.h. nicht gesetzlichen, sondern nur eigenen Regeln unterworfene, anonyme Austausch über Theorie und Praxis undogmatischer linksradikaler Politik. Solange die soziale Zerstörungswut der Herrschenden einen radikalen Widerstand notwendig macht, ist es nicht möglich, sich den Rahmen für die Auseinandersetzung darüber durch die herrschenden Gesetze stecken zu lassen.
4.) Wenn Schönbohm versucht, diesen für uns alle nötigen Austausch durch Beschlagnahmungen und Verhaftungen zu unterbinden, kann er genauso gut versuchen, einen Gebirgsbach in Handschellen zu legen. Wenn es die Notwendigkeit gibt, sich außerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Wege zu verständigen, dann wird das auch geschehen, und es werden sich immer Leute finden, die diese Kommunikation möglich machen, vervielfältigen und vertreiben.
5.) Wir sehen die Aktion gegen einen Teil der Struktur der *Interim* zu diesem Zeitpunkt als flankierende Maßnahme zu dem Krieg, den die Herren Schönbohm und Landowski uns erklärt haben. In einer Zeit, wo der Widerstand gegen ihre Säuberungspolitik wächst - Innenstadt-Aktionen, 2. Juni Kongreß, neue Mobilisierung unter den WagenburglerInnen, HausbesetzerInnen, Obdachlosen, ImmigrantInnen - soll das Forum weggeschlagen werden, über das eine Vernetzung dieses Widerstandes möglich ist.
6.) Auch wenn uns die Auseinandersetzung über unsere Politik??er?? nicht gelingt, träge oder schräg wird: Schönbohms Kriegserklärung ist angekommen, und wir werden darauf reagieren. Wer Repression sät, wir Revolte ernten. Wir versprechen, daß die nächste *Interim* pünktlich erscheinen wird und sich mit dem Thema, wie wir gegenüber Hauptstadt-Ausputzern in die Offensive kommen, ausführlich beschäftigen wird. Alle, die zu diesem Thema was beizutragen haben, werden Wege finden, ihre Texte der *Interim* zukommen zu lassen.

Interim - wöchentliches Berlin-Info
Interim Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin

Rechtsstaatlichkeit siegt - Beschuldigung bleibt
- einige Gedanken zum Freispruch in Lübeck

„Unabhängig davon, ob Safwan Eid freigelassen wird, hat der ideologische Schub in Richtung „Schluß mit dem deutschen Schuldkomplex" seine Wirkung getan. Die erwünschten Folgen sind eingetreten. Insofern ist der Fall Lübeck im Großen und Ganzen abgeschlossen. Die Konsequenzen, die das „Volk" gezogen hat: Nie wieder Selbstbezichtigung, nie wieder Nazi-Vorwurf, „nur" weil „Ausländer" brennen. Deutschland hat genug von seinen Opfern."
(zit. aus „Mörderland Deuschland"/antinationales büro)

Mit dem Freispruch endete in Lübeck ein Prozeß, der für sich genommen den Vergleich mit anderen politischen Prozessen nie zu scheuen brauchte. Allerdings ging es in Lübeck nicht gegen „Staatsfeinde" linksradikaler Provenienz, die kriminalisiert wurden, sondern gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, die ihrerseites Opfer eines Brandanschlags gewesen waren. Dennoch gilt es retroperspektiv festzustellen, daß das Interesse linker, antirassistischer und antinationaler Initiativen erschreckend dürftig ausfiel. Neben der Tatsache, daß auch viele Linke dem rassistischen Konstrukt aufsaßen, mag ein anderer Grund hierfür die Überzeugung gewesen sein, der „Fall Lübeck" sei bereits nach einigen Wochen politisch abgeschlossen und „verloren" gewesen. Dies mag von einer analytischen Warte aus betrachtet sich so dargestellt haben, es wurde jedoch völlig ausgeblendet, daß für die Opfer des Anschlages „der Fall" keineswegs beendet war, sahen sie sich doch in der Folgezeit noch verstärkt rassistischen Anwürfen und der Gefahr einer drohenden Abschiebung ausgesetzt. Zum Anderen wurde das Bild eines bereits vollständig abgeschlossenen Formierungsprozesses gezeichnet. Dabei wurde nicht wahrgenommen, daß (nach wie vor) in den herrschenden rassistischen und nationalistischen Konstruktionen Widersprüche bestehen, die, (zugegebenermaßen kleine) Ansatzpunkte für Interventionen hätten bieten können.

So richtig also die Einschätzung im Eingangszitat bereits im Februar 1996 war, so bedarf sie nach dem Freispruch Safwan Eids am 30. Juni, nach 61 Verhandlungstagen, doch noch einiger Ergänzungen, denn sie ist nicht in Lage zu beschreiben, was sich insbesondere mit Beginn der Hauptverhandlung am 16. September 1996 an weiteren Entwicklungen vollzogen hat. Wenn auch der im Eingangszitat erwähnte „ideologische Schub" seine Wirkung freilich getan hat, so waren Staatsanwaltschaft und Medien damit beschäftigt (und sind es immer noch), das Konstrukt durch frei erfundene und erlogene Anschuldigungen der HausbewohnerInnen abzusichern und die vorhandenen Widersprüche zu verdrängen. Auch wurde verkannt, daß die HausbewohnerInnen zwar bereits in der Anfangsphase als „TäterInnenkollektiv" dargestellt wurden und sich bereits am 19. Januar stundenlangen, qualvollen Vernehmungen ausgesetzt sahen, die Beschuldigung gegen sie durch die Eröffnung und insbesondere in der Hauptverhandlung potenziert wurde.

Vieles von dem, was im folgenden noch einmal erwähnt werden soll, dürfte den meisten bereits bekannt sein. Zumindest werden diejenigen entäuscht werden, die etwas gänzlich „Neues" oder „die Sensation" erwarten. Vielmehr geht es darum, nochmals einige Sachen ins Gedächtnis zu rufen und einmal mehr auf die Bedeutung, die das „Modell Lübeck" für die weitere Verschärfung des rassistischen Klimas hat bzw. haben wird, hinzuweisen.

Die Beschuldigung bleibt

Der am 30. Juni verkündete Freispruch kam alles andere als überraschend. Sogar das Gericht war in einer Zwischenbilanz im April zu dem Ergebis gekommen, daß selbst, wenn in Zweifelsfällen die für Safwan Eid ungünstigere Variante herangezogen werden würde, die Beweisaufnahme nichts belastendes ergeben hat. Doch, und auch das war bereits frühzeitig klar, um eine Veurteilung Safwan Eids ging es in diesem Procedere auch gar nicht. Zu offenkundig war, daß sich das staatliche Konstrukt nicht halten lassen würde und daß eine Verurteilung auch nicht nötig ist, um die HausbewohnerInnen zu stigmatisieren.



Bereits vor der Hauptverhandlung hatte Staatsanwalt Michael Böckenhauer darauf hingewiesen: Ein Freispruch stelle für ihn keine Niederlage dar. Denn mit der Eröffnung einer Hauptverhandlung war ein weiteres Ziel erreicht, die Anschuldigung Safwan Eids und weiterer HausbewohnerInnen aufrechthalten zu können und die Grevesmühlener Nazis, gegen die sich seinerzeit neuerlich Hinweise ergeben hatten, weiterhin zu schützen. So wurde mit dem Prozeß die bereits mit der Verhaftung Eids am 20. Januar eingeschlagene Linie, haltlose Verdächtigungen zu streuen, konsequent fortgesetzt: Immerfort mit Dreck zu schmeißen in der Gewißheit, das etwas hängen bliebt. Waren doch die PressevertreterInnen zu begierig darauf, neue Spekulationen zu vermelden, die ihren eigenen rassistischen Vorstellungen und denen der LeserInnenschaft entsprechen.

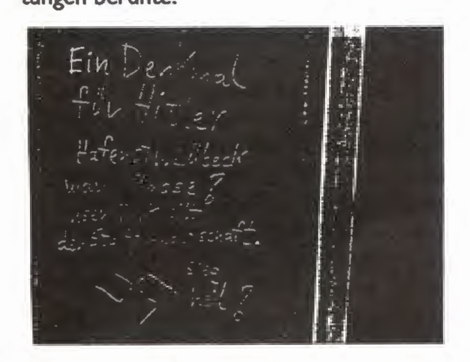
Insbesondere die HausbewohnerInnen, die nicht bereit waren, das Konstrukt der Staatsanwaltschaft mit ihren Aussagen zu unterstützen, bzw. die ihrerseits das Vorgehen der Staatsanwaltschaft angriffen, sahen sich immer wieder Verdächtigungen der Staatsanwaltschaft ausgesetzt. Dies ist nicht allein mit dem Ziel zu erklären, die Glaubwürdigkeit der ZeugInnen, die mit Vehemenz die Version der Staatsanwaltschaft bestritten, das Feuer sei im 1. Obergeschoß ausgebrochen, zu erschüttern. Ein zweites, dem Verfahren immanentes Motiv war es, in der Öffentlichkeit den Verdacht zu streuen und zu verstärken, unter den HausbewohnerInnen seien der oder die angeblichen MittäterInnen zu finden. Dabei wurde jedes nicht sofort verständige Detail, bzw. jedes Detail, was die Staatsanwälte nicht sofort verstehen wollten zum Verdachtsmoment und zum möglichen Tatmotiv erklärt.

Weit davon entfernt, sich mit unterschiedlichen Lebenssituationen vertraut zu machen, wurde gesucht nach dem aus der deutschen Sicht Untypischen, nach Abweichendem. Quintessenz: Die Abweichung von der deutschen Norm kann und soll nicht geduldet werden, sie macht der (Mit-)Täterschaft verdächtig. Schließlich, so wurde suggeriert, ist „den Ausländern" alles zuzutrauen, auch sich das eigene Haus anzuzünden.

Das man es keiner/keinem von ihnen, auch nicht Safwan Eid, nachweisen konnte sei, so die Staatsanwaltschaft in ihrem Plädoyer, letztendlich der Rechtsstaatlichkeit geschuldet. Das Gericht habe mit der Ablehnung von illegalen Abhörprotokollen aus der Untersuchungshaft Safwan Eids die Möglichkeit einer Verurteilung verbaut. Aber, so Staatsanwalt Böckenhauer in der taz: „Lieber bleibt ein Schuldiger frei, als einen Unschuldigen zu verurteilen". So bestätigt sich die „Rechtsstaatlichkeit" nach 61 Verhandlungstagen eines rassistischen Prozesses selbst. Der Rechtsstaat hat gesiegt, die Beschuldigung der Opfer, insbesondere Safwan Eids, bleibt aufrechterhalten.

Staatlicher Täterschutz

Das Ermittlungskonstrukt, dem das Verfahren bzw. der Prozeß zu Grunde lag, diente von Anfang an dem Ziel, zu verhindern, daß Deutsche als Täter trotz erdrückender Hinweise zur Verantwortung gezogen werden könnten: Ob nun die frischen Sengspruren an den Haaren, (die Haarproben sind inzwischen sicherheitshalber „verloren" gegangen) und den hierfür abgegebenen „Erklärungen", bei denen einem das Lachen im Halse stecken bleibt, oder die selbstbewußte Aussage eines Grevesmühleners (Maik Wotenow), nachdem er in Güstrow bei einem Ladendiebstahl erwischt, wurde, die Polizei könne ihm gar nichts, schließlich sei er ja auch bei dem Brandanschlag auf das Lübecker Asylbewerberheim dabeigewesen: Im Fall Lübeck noch von Vertuschung zu reden ist fast schon absurd, meint das Wort doch, daß es etwas zu verheimlichen gibt. Die Tatsachen, die für einen rassistischen Brandanschlag sprechen sind ebenso offenkundig wie die die Tatsache, daß das Verfahren gegen Safwan Eid, der Erlaß von Haftbefehlen zur Begründung einer sechsmonatigen Untersuchungshaft und die Eröffnung einer Hauptverhandlung auf haltlosen zusammenphantasierten und erlogenen Behauptungen beruhte.



„Danksagungen" an einem Lübecker JuZ (jw 12.8.:

Ein gesellschaftlicher Konsens forderte im Januar letzten Jahres, daß deutsche Täter nicht zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Zu den Motiven und Hintergründen ist an anderer Stelle bereits genug gesagt worden.

Doch stellt dies nur die strukturelle Ebene dar, in dem das „Modell Lübeck" - die Opfer-Täter-Verkehrung - statt finden konnte und die Ziele, die damit verfolgt wurden. Zu fragen ist daneben auch nach den Entscheidungsträgern, die diesem kollektiven Wunsch Ausdruck verliehen und konkrete Taten folgen ließen. Dabei geht es nicht um die Entlastung der schweigenden bzw. zustimmenden Mehrheit durch Focussierung auf ein oder zwei rassistische, gar „schlampige" Staatsanwälte, die dann als Sündenböcke suspendiert werden, um den Ruf des Justizapparates wieder herzustellen. Aber wenn es stimmt, daß die staatliche Vertuschung rassistischer Morde auch der Legitimierung zukünftiger Gewalttaten dient, dann müssen neben den gesellschaftlichen Verhältnissen, die ein derartiges Verhalten ermöglichen und fordern auch die hierfür verantwortlichen Handlungsträger aufgezeigt und angegriffen werden.

Wer, wann, wo alles die politischen Entscheidungen getroffen hat, liegt nach wie vor im Dunklen. Lediglich aus der FAZ, der wohl ein guter Draht zu staatlichen Stellen nachzusagen ist, ließ sich Ende März entnehmen, daß die schnelle Entlassung der tatverdächtigen Jugendlichen (auch) auf Drängen des damaligen Generalstaatsanwalts Heribert Ostendorf zustande kam.

Drohende Abschiebungen

Nachdem die ehemaligen BewohnerInnen der Unterkunft in der Hafenstraße als Projektionsfläche für Rassismen von Staatsanwaltschaft und der Medien ausgedient haben, will der deutschen Staat sich ihrer nun entledigen. Ihre „Duldungen" waren stets mit dem Prozeß verknüpft und werden in der nächsten Zeit auslaufen. Zwar hatte Lübecks Bürgermeister Bouteiller (SPD) nach dem Brand zugesichert, alle Opfer des Brandanschlages würden ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten, doch hat er bisher keinerlei Anstalten gemacht, die Zusage in die Praxis umzusetzen. Im Gegenteil: Obwohl er letztendlich auch als Leiter der Ausländerbehörde der Stadt Lübeck fungiert, sieht er sich für die Erteilung von Aufenthaltsrechten nicht (mehr) zuständig und verweist auf den Innenminister Schleswig-Holsteins, Ekkehard Wienholtz. Doch auch die (rot-grüne) Landesregierung schiebt die Verantwortung von sich. Zwar sprach sich der Landtag für ein Bleiberecht der Opfer des Brandanschlages aus, es wurde aber gleichzeitig konstatiert, dieses könne nur von Bundesinnenminister Kanther erteilt werden. Bei Manfred "Neben mir ist rechts kein Platz" Kanther liegt der Antrag nun auf dem Schreibtisch. Einer Kurzmeldung der taz vom 24. Juni war zu entnehmen, Kanther habe sich gegen ein Gruppenbleiberecht ausgesprochen, was jedoch niemanden wirklich überraschen wird.

Last but not least

Die Aufarbeitung des Lübecker Brandanschlages bedeutet einen weiteren qualitativen Sprung in Sachen rassistischer Gewalt, dies nicht nur weil in Lübeck 10 Menschen ermordet wurden. Zwar wurde immer wieder versucht, deutlich zu machen, daß das Vorgehen in Lübeck keinen Einzelfall darstellt. Ob in Lanbertheim, in Stuttgart oder in Hattingen: Auch dort wurde versucht nach Brandanschlägen die Opfer zu TäterInnen zu machen und den rassistischen Hintergrund und eine deutsche Täterschaft zu negieren. Im Gegensatz zu diesen Fällen rassistischer Ermittlungen aber stand Lübeck von Anfang an im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Hier wurde (und wird immer noch) in einem Zusammenspiel von Justiz, Medien und Bevölkerung öffentlich vorexerziert, daß deutsche Täter in punkto rassistischer Gewalt nichts zu befürchten haben, daß eine breite Mehrheit gegebenenfalls bereit ist, die Mörder zu schützen. Durch diesen Schulterschluß versichert sich das deutsche Kollektiv einmal mehr seiner selbst und macht deutlich, wer aus dieser Sicht die „Anderen", die „Fremden" darstellen, die gegebenfalls auch zur Ermordung freigegeben sind.

Hiergegen gilt es mehr denn je zu opponieren.

Karlson

Rassistische Täter zur Verantwortung ziehen!
Keine Abschiebungen - Bleiberecht für alle!



Polizist nach Todesschuß auf Kurden freigesprochen

Der tödliche Schuß auf einen 16jährigen Kurden hat für einen SEK-Bullen aus Hannover keine strafrechtlichen Konsequenzen. Die Strafkammer des Landgerichts sprach den Beamten sogar vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung frei. „Der Angeklagte hat den Schuß unter Streß in einer außergewöhnlichen Situation unabsichtlich abgegeben", sagte Richter August Wilhelm Marahrens.

Das Gericht übernahm ohne Einschränkungen die Einlassungen des Angeklagten zum Tatgeschehen. Danach hatte der Beamte am 30. Juni 1994 den Kurden beim Plakatkleben überrascht. Bei einer Rangelei habe er seine Dienstwaffe verloren. Als er sie wieder aufnehmen wollte, habe sich der Schuß gelöst. (sic!)

Die Anwälte der Eltern des 16jährigen äußerten Zweifel an dieser Darstellung. Kurdische Vereine erklärten, das von der Bundesregierung aufgebaute Feindbild gegen KurdInnen bereite das Klima für solche Hinrichtungen.

(nach FR vom 28.6.)

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien und linke Politik

Die Ende der 80er Jahre einsetzende Restauration Groß-Deutschlands, die Auflösung des Systems des Warschauer Vertrages in Osteuropa und die Auflösung von Vielvölkerstaaten wie Jugoslawien und der Sowjetunion hat die Rahmenbedingungen für politisches Handeln von außerparlamentarischen oppositionellen Gruppen massiv verändert. Obwohl es seitdem hierzulande viele Ansätze gab, ideologische Debatten und praktische Proteste anzuregen, hat es keine Gruppe geschafft, effektiv Widerstand zu organisieren. Die Chancen und das Scheitern von oppositionellem Engagement im sich neu formierenden Deutschland und über seine Grenzen hinaus treten im Zusammenhang mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien, der vor allem die Möglichkeit für ein uneingeschränktes militärisches En- gagement des neuen Deutschland lieferte, deutlich zutage. Auf diesen Krieg und den neuen deutschen Interventionismus hat die Friedensbewegung kaum, die Frauenbewegung mit einer ganzen Reihe von feministischen Aktionen und die neue antinationale Linke in Deutschland mit engagierter Ideologiekritik reagiert. Warum es weder gemeinsam noch separat gelang, daraus eine zeitgemäße politische Strategie für die außerparlamentarische Opposition zu entwickeln, ist eine Frage, der wir in diesem Beitrag nachgehen. Ausgangspunkt unserer Analyse ist der in konträre Richtungen verlaufende Zerfalls- und Staatenbildungsprozeß in Europa Ende der 80er Jahre.

Restauration in Deutschland und Zerfall in Jugoslawien

Die Restauration des zwar ethnisch homogenen, politisch aber in weiten Teilen äußerst unterschiedlichen Deutschlands zum Nationalstaat und der Zerfall des Vielvölkerstaates Jugoslawien in ein Kriegsgebiet, an dessen Fronten die verschiedenen Nationalitäten gegeneinander mobilisierten, sind gegenläufige Ausprägungen der Staatenbildung. Trotzdem gibt es ein gemeinsames Moment: die nationale Mobilisierung in den 80er Jahren. Deren Beginn markierte in Jugoslawien der Tod von Staatschef Josif Bros Tito und in Deutschland der Zerfall der sozialliberalen Koalition und die Kanzlerschaft Helmut Kohls. Besonders brisante Konsequenzen entfaltete der Nationalismus durch die Zuspitzung der ökonomischen Krise und durch die Auflösung des - immerhin wenigstens dem Anspruch nach internationalistisch orientierten - realexistierenden Sozialismus in Osteuropa.

1988 wurde Jugoslawien, forciert durch den IWF, von einer ökonomischen in eine auch politische Krise getrieben: Die Inflationsrate stieg dramatisch an, die Realeinkommen fielen aufgrund strikter Auflagen im Sturzflug. Unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds strebte die Regierung in Belgrad eine stärkere wirtschaftspolitische Zentralisierung an. Das setzte eine Beschneidung der Selbstverwaltung der sechs Teilrepubliken und der zwei Autonomen Gebiete voraus. Ziel des IWF war es, mit einer Schocktherapie die jugoslawische Wirtschaft zu sanieren und regional zu homogenisieren. Tatsächlich wurden so in zweierlei Hinsicht nationalistische Tendenzen gefördert: Zum einen funktionierte Nationalismus als Wahrnehmungsmuster für die deutlicher zutage tretende ökonomische Ungleichheit und ermöglichte, den Feind »außen« zu verorten; zum anderen sorgte nationalistische Stimmungsmache auch für den Zusammenhalt im »Inneren«. Das half, die verarmte Bevölkerung auf Durchhaltekurs zu bringen, so daß die innergesellschaftlichen ökonomischen und politischen Widersprüche überspielt werden konnten. Vor allem die neuen Mittelschichten, die sich in den Regionen herausgebildet hatten, propagierten Nationalismus als Gemeinschafts- und Verzichtsideologie, mit der sie ihren eigenen politischen Rückhalt in der Bevölkerung stärken und die fortdauernden sozialen Spannungen abfedern konnten. Auch die vergleichsweise wohlhabenden Teilrepubliken Slowenien und Kroatien wehrten sich gegen eine ökonomische Verschlechterung ihrer Lage und verurteilten die Wirtschafts- steuerungspolitik der Belgrader Zentrale als Bevormundung. Sie thematisierten allerdings nicht die sozialökonomische Dimension der krisenhaften Entwicklung, sondern behaupteten, sie seien als Nation Benachteiligungen ausgesetzt. In der Gesamtschau ergibt sich, daß ökonomische Interessen zwar eine wichtige Triebkraft, nicht aber die Ursache des Erfolges nationalistischer Ideologien in Ex-Jugoslawien waren.

Während in Jugoslawien die ökonomische Krise ein explosives nationalistisches Potential freisetzte und die Republik zerstörte, führte in beiden Teilen Deutschlands ein Konglomerat aus wirtschaftlichen und politischen Interessen und nationaler Aufbruchstimmung zum Fall der Mauer und zur Restauration eines geeinten Groß-Deutschlands. Die beiden gegenläufigen, in ihrer ideellen Ausrichtung auf die Nation aber so gut zueinander passenden Prozesse überschneiden sich in der deutschen Anerkennungspolitik gegenüber Kroatien und Slowenien. Das deutsche Vorpreschen für die völkerrechtliche Anerkennung der neuen Staatengebilde war die Voraussetzung für ihren endgültigen Austritt aus dem jugoslawischen Staatsverband. Für das wiedervereinigte Deutschland war diese Initiative eine günstige Gelegenheit, seine neugewonnene Macht zu nutzen und die ersten Schritte als europäische Hegemonialmacht zu wagen. Die Bundesrepublik setzte sich entschlossen gegen den Willen Frankreichs, Englands und der USA durch und erkannte 1991 die beiden Teilstaaten als selbständige Republiken an - ein erster großer Schritt in den Krieg. Ein Krieg, der, wie damals wenige prognostizierten und heute alle erleben (und fast alle befürworten), unter anderem dazu führte, daß Deutschland wieder zur europäischen Militärmacht wurde. Innerhalb weniger Jahre war es innenpolitisch und international anerkannt, daß die Bundeswehr nicht nur »out of area« eingesetzt wurde, sondern auch dort auf- und einmarschieren konnte, wo zuletzt die Wehrmacht ambitioniert deutsche Großmachtpolitik betrieben hatte.

Kaum Protest von der Friedensbewegung

Der für die Zukunft folgenreichen Rehabilitierung Deutschlands als Militärmacht ist im Inneren wenig entgegengesetzt worden. Das Fehlen außerparlamentarischen Protests gegen den Einsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien resultiert aus der Krise der Friedensbewegung, deren Mainstream in ihrer Hoch-Zeit während des Ost-West-Konfliktes mit seinen »Nie wieder Krieg«-Parolen stets nur den Atomkrieg meinte, der mit apokalyptischen Visionen des atomaren Winters etc. verknüpft war. Daß Krieg viel nüchterner die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, war angesichts dieser Melange aus Angst und viel Moral eine wenig verbreitete Auffassung. Schon in den 80er Jahren hatten die politischen Forderungen einiger linker Gruppen wie »Raus aus der NATO!« oder die Kampagne gegen die Aufstellung der Kriseninter- ventionsstreitmacht »Rapid deployment Forces« vergleichsweise geringe Resonanz gefunden. Hinzu kam die Unbekümmertheit der deutschen Friedensbewegung gegenüber der eigenen Armee. Weil sich die Bundeswehr seit ihrer Gründung an keinem Krieg beteiligt hatte und überdies keinen selbständigen Zugriff auf die gefürchteten Atomwaffen hatte, galt sie in der Bewegung als vergleichsweise harmlos. Im Visier waren die US-Amerikaner. Sie wurden als Besatzungsmacht bezeichnet und verstanden, ohne daß noch jemand ernsthaft reflektierte, warum Deutschland nach dem siegreichen Krieg der Alliierten tatsächlich für kurze Zeit besetzt gehalten worden war. Passenderweise traten die US-Amerikaner auch nach der Wiedervereinigung als die »Bösen« auf: Sie stellten das mit Abstand größte Kontingent im Golfkrieg, der im Nahen Osten brennende Ölfelder hinterließ. Mit Horrorszenarien einer drohenden Öko-Katastrophe mobili-

sierte die Friedensbewegung noch einmal gegen das traditionelle deutsche Feindbild. Zwar kamen Zehntausende auf die Straßen - die Friedensbewegung war dem Konflikt im Nahen Osten politisch aber nicht einmal annähernd gewachsen. Zum einen rächte sich ihr Beharren auf einem prinzipiellen und vor allem moralisch motivierten Pazifismus, der auf völkerrechtswidrige, Menschenrechte verletzende Aggressionen eines autoritären Regimes wie dem Saddam Husseins nur unzureichende Antworten hatte. Schwerer wog zweifelsohne die verquere Auseinandersetzung dieser einstigen Massenbewegung mit der Geschichte, den Verhältnissen und Interessen ihres eigenen Landes, die dazu führte, daß Frieden zwar für die eigene kleine Welt in Anspruch genommen wurde, woanders aber gelassen als verzichtbar angesehen wurde: Als Israel, das Hussein zwar aus guten Gründen eine Niederlage wünschte, am Krieg aber nicht beteiligt war, vom Irak angegriffen wurde, rührte sich im Spektrum der deutschen Kriegsgegner keine Empörung. Während irakische ScudRaketen auf Israel niedergingen, gingen friedensbewegte Deutsche zwar auf die Straße, aber nicht etwa um gegen Husseins Angriffe auf Juden und Jüdinnen zu demonstrieren, sondern um die USA als Aggressor an den Pranger zu stellen und daran zu erinnern, daß auch wir Deutsche schon einmal Opfer gewesen sind. Während Überlebende des Holocaust mit Gasmasken ausgerüstet in die Luftschutzbunker mußten, hängten Nachkommen deutscher Mörder weiße Bettücher aus den Fenstern und erinnerten an die Leiden ihrer Eltern und Großeltern in Dresden. »Erstmals seit 1945 laden wieder angloamerikanische Bomber- geschwader ihre tödliche Last ab«, empörte sich das *Neue Deutschland* (und übersah, weil es gerade besser paßte, die Flächenbombardements auf Vietnam). Der Bundesvorstandssprecher der Grünen, Hans Christian Ströbele, kommentierte: »Die irakischen Bombenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der israelischen Politik.« Niemand in der Friedensbewegung und ihren linken Ausläufern ergriff offen Partei, die Stimmung war aber überall spürbar: Wenn der Feind unseres Feindes schon nicht unser Freund sein darf, so steht er uns doch immer noch viel näher als die Freunde unseres Feindes. Die in diesen Tagen virulent gewordene Israelfeindschaft, der Antisemitismus, der auch in der Linken aufflackerte - paradoxerweise zu einem Zeitpukt, als Israel bedroht wurde - zeigte die Friedensbewegung nicht nur als eine politische Kraft, die bei allem Widerspruch in der aktuellen Konstellation prinzipiell doch fest in den deutsch-nationalen Konsens eingebunden war, sie diskreditierte auch die moralische Integrität ihres Anliegens. Die Teile der radikalen Linken, die am Rande der Friedensbewegung mitmischten, die aber auch engagiert gegen die Wieder- vereinigung angegangen waren, übten sich in Realpolitik: Ein Eintreten gegen die irakische Aggression kam nicht in Frage, weil es den Kriegsbefürwortern genützt hätte. Die Israel- und Anti- semitismusdebatte sollte unterbleiben, weil sie vom Hauptfeind ablenkte. »Darf man sagen, daß der Staat Israel nicht bedroht war?« fragte Thomas Ebermann in *konkret* »Es gab eine große und verständliche Aggressionsfalle. Niemand konnte genau sagen, wie viele der in Israel lebenden Menschen sterben würden, aber die Zerstörung des Staates Israel war durch den Irak nicht zu realisieren.« Daß es auch Gründe gegeben hat, gegen die Zerstörung einzelner israelischer Städte oder auch nur den Tod von 100 Jüdinnen und Juden in diesem Krieg einzutreten - in dieser Argumentation hatte das keinen Platz, weil es dem innenpolitischen Gegner hätte nützen können.[1]



Deutsche Sfor-Fahrzeuge in Bosnien

Die Realpolitik hat sich genauso blamiert, wie die Desorientiertheit der Friedensbewegung verheerende Folgen zeitigte: »Die Debatte >für oder gegen Israel< hat die gesamte Anti-Kriegsbewegung gespalten und gelähmt. Auch wenn es notwendig ist, sich darüber zu verständigen, ist es um so erforderlicher zu verhindern, daß sich die deutsche Linke an den FALSCHEN Punktern spaltet«, versuchte das *HamburgerAnti-Kriegs Info* zu retten, was verloren war, und bestätigte damit das Desaster der Kriegsgegner nur noch einmal. Denn selbstverständlich war die Frage, wie eine deutsche außerparlamentarische, sich als antifaschistisch verstehende Opposition auf die Bedrohung des jüdischen Staates reagiert, keineswegs ein »falscher Punkt«, sondern das Zentrum einer Kontroverse in einem zu voller nationaler Größe wachsenden, zunehmend rassistischen Deutschland, für das die Relativierung seiner NS-Vergangenheit Voraussetzung für künftige Großmachtpläne ist. Der Versuch, die Israel-Debatte zu verdrängen, um einen Minimalkonsens für inhaltsleere Friedensbeschwörungen zu haben, führte so nur dazu, daß die staatlichen Golfkriegsbefürworter das historische Terrain abstecken konnten, wie es ihnen gefiel: Hitler war plötzlich nur noch ein kleiner irakischer Diktator. Und während in früheren Jahrzehnten die Linke (weitgehend erfolglos) gehofft hatte, mit Faschismus-Analogien und »Auschwitz«-Metaphern mobilisieren zu können, zeigten jetzt die großdeutschen Machtpolitiker, wie sich eine politische Rhetorik, in der der »Nationalsozialismus« nurmehr eine Metapher ist, effektiv für die eigenen politischen Ziele einsetzen läßt.

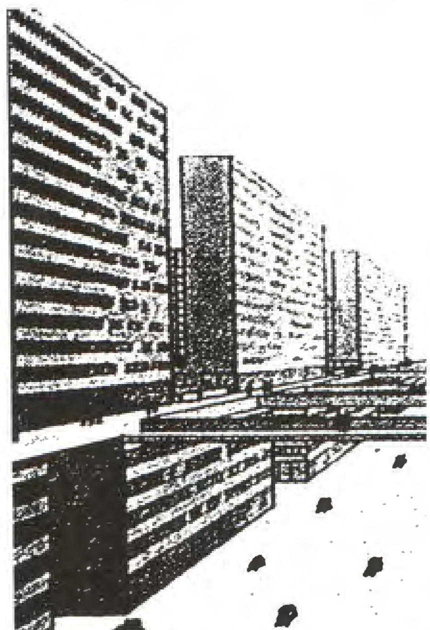
Der nächste Hitler nach Saddam hieß - das konnte nicht verwundern - Karadzic, und auch sonst wurde der Krieg in Jugoslawien von interessierter deutscher Seite gern mit NS-Verbrechen assoziiert. Mit besonderem Erfolg bei der deutschen Linken, die mit dem Faschismus-Vorwurf traditionell schnell zur Hand ist. Der grüne Parteipolitiker Ludger Volmer, zum linken und friedensbewegten Flügel gezählt, argumentierte zum Beispiel so: »Das Grauen des serbischen Faschismus macht Besonnenheit schwer. Davon zeugt auch die Forderung nach *polizeilicher* Intervention, die selbst in den Reihen der Grünen erhoben wurde. Aber wer die KZ-ähnlichen Lager freikämpfen will, würde das Leid ins Unermeßliche eskalieren. Invasion, Landkrieg, Terroranschläge europaweit - noch mehr zivile Opfer, Tausende toter Soldaten.«[2] Es scheint paradox: In dem historischen Moment, wo sich das wiedervereinte Deutschland ganz eng an die Tradition seines nazistischen Rechtsvorgängers ankoppelt, ist es in der Öffentlichkeit tabu, damit zu argumentieren. Stattdessen wird der Faschismusbegriff geradezu inflationär auf eine der Kriegsparteien in Jugoslawien angewendet: auf die Serben. Das hat nicht nur einer deutschen Kriegsbeteiligung den Weg geebnet, sondern auch die Entschuldungskampagne vorangetrieben. Der deutsche Nationalsozialismus wird zu einem verbrecherischen Regime, wie es viele gab und gibt. Und den Deutschen gebührt aufgrund ihrer besonderen Erfahrung mit diesem Regime das Privileg, am meisten gelernt zu haben und heute deswegen an der Spitze der moralischen Aufklärer, die sich dadurch zu Interventionen aller Art berufen fühlen, zu stehen.

Mit solchen Argumenten und mit dem sich ein paar Bedenken leistenden, vor allem aber staatsmännisch-realpolitisch verklärten Bekenntnis zahlreicher Aktiver zum wiedervereinigten Deutschland haben sich die Reste der Bewegung selbst soweit befriedet, daß sie den Beginn des Krieges in Ex-Jugoslawien und die Vorbereitung der Bundesregierung auf eine Militär- intervention kaum beachteten bzw. später zum Teil selbst einen Militäreinsatz befürworteten. Die ersten Forderungen nach militärischem Eingreifen wurden im ehemals friedensbewegten alternativen Spektrum erhoben, nachdem die ersten Berichte über als KZ bezeichnete Gefangenenlager und über Massenver- gewaltigungen veröffentlicht worden waren.

Die deutsche Frauenbewegung macht mobil

Die ersten Veröffentlichungen über systematische Vergewaltigungen von Frauen in speziell dafür eingerichteten Lagern nahm auch die Frauenbewegung zum Anlaß, gegen den Krieg in Ex-Jugoslawien zu mobilisieren. Nach einer Ausstrahlung der ZDF-Frauensendung *Mona Lisa,* die sich schwerpunktmäßig mit diesem Thema befaßte, schwappte Ende 1992 spontan eine Welle der Empörung durchs Land. Getragen haben den Protest unterschiedliche Teile der Frauenbewegung, zum einen Frauenfriedensgruppen wie die international vernetzten »Frauen in Schwarz gegen den Krieg« und das Kölner Netzwerk »Sheherazade«. Zum anderen die Frauenprojekte gegen Gewalt gegen Frauen mit Notrufen, autonomen Frauenhäusern und psychosozialen feministischen Einrichtungen. Je nach politischem Hintergrund ging das Engagement in zwei Hauptrichtungen. Ein Großteil der Szene leistete humanitäre Hilfe, indem Frauen selbst mit Hilfskonvois nach Ex-Jugoslawien fuhren oder Care-Päckchen dorthin schickten. Zudem entstanden vor dem Hintergrund bundesdeutscher Erfahrungen Projekte für psychosoziale und medizinische Betreuung von traumatisierten Frauen. Eine zweite, viel kleinere Strömung zielte darüber hinaus auf politische Unterstützung der Feministinnen in den Republiken des ehemaligen Jugoslawien. Eines der wenigen Projekte, die den Spagat zwischen psychosozialer Hilfe und feministischer Politik versuchten, ist »Medica Zenica«, ein Frauen- therapiezentrum, das seit Frühjahr 1993 erfolgreich in Zentralbosnien arbeitet.

Ein Grund für die frühzeitige Fraktionierung der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik war die Auseinandersetzung der Feministinnen im ehemaligen Jugoslawien mit dem dortigen Nationalismus. Manche Vertreterinnen der Frauenbewegung, anfangs vor allem aus Kroatien, schrieben die Vergewaltigungen nämlich speziell den Serben, die sie als Aggressoren bezeichneten, zu. Die Vergewaltigungen waren folglich nicht mehr in erster Linie das Verbrechen kriegführender Männer, sondern Zeichen besonderer serbischer Grausamkeit, die sich aus dieser Perspektive auch nicht mehr »nur« gegen Frauen richtete, sondern gegen die gesamte Nation der Kroaten. Andere Gruppen der Frauenbewegung, die es in allen Nachfolgerepubliken gab, lehnten diese völkische Argumentation ab und richteten ihre Projekte ausdrücklich antinational aus, d.h. sie arbeiteten auch nach der Bildung der neuen Staaten bewußt nationalitäten- und nationenübergreifend.[3] Diese Frauengruppen wandten sich in der Öffentlichkeit gegen jede Form von Nationalismus und versuchten, sich gegenseitig zu unterstützen. Unter den Bedingungen der jeweiligen kriegerischen Mobilisierung, Nachrichtensperre und meist ohne direkte Telefonkontakte nutzten sie internationale Frauenkonferenzen als Diskussionsforum. Über die Auslandskontakte zu Vertreterinnen westlicher Länder hatten Kritikerinnen der neuen Nationalstaaten die Möglichkeit, in Veröffentlichungen herauszuarbeiten, wie die kriegerische Nationenbildung auch die Macht des Patriarchats verstärkte und welche erheblichen Nachteile diese Entwicklung speziell für Frauen mit sich brachte. Zum Beispiel informierten Feministinnen die westliche Öffentlichkeit über das »Konzept für die demographische Erneuerung Kroatiens«.[4] Dieses bevölkerungspolitische Programm der Tudjmann-



Regierung sieht vor, kinderreiche Familien zu fördern und späte Eheschließungen mit einem erhöhten Steuersatz zu ahnden. Die Frauen, die solche Pläne anprangerten, mußten zum Teil erhebliche soziale Nachteile in den neuen Republiken hinnehmen. Regierungstreue Boulevard- zeitungen in Kroatien bezeichneten engagierte Feministinnen als »Vaterlandsveräterinnen« und druckten ihre Fotos mit Namen und Adressen ab. Gegen das autonome Frauenhaus Zagreb wurde mit immer neuen Räumungsklagen vorgegangen. Überdies wurden staatskritisch erscheinende Feministinnen im Alltag aller Republiken mit repressiven polizeilichen Maßnahmen wie ständigen Paßkontrollen oder offener und verdeckter Überwachung konfrontiert. Die nicht nationalistisch engagierten Aktivistinnen haben sich mit ihrem Engagement selbst an den Rand der neuen Gemeinwesen befördert und bewußt darauf verzichtet, ökonomisch und sozial zu Modernisierungs-und Kriegsgewinnlerinnen zu werden.

Unterdessen stritt die bundesdeutsche Unterstützungsbewegung darüber, ob es legitim sei, von außen Stellung in dieser »innerjugoslawischen« Auseinandersetzung zu beziehen. Ein Konsens wurde allerdings nicht erzielt. Statt dessen ergriff der nicht nationalistische feministische Flügel Partei für die staatskritischen Feministinnen und richtete die Projekte und Kooperation ausschließlich nationalitätenübergreifend und antinationalistisch aus. Während die »humanitären« Fraueninitiativen zum Teil mit ihrem Engagement in Ex-Jugoslawien darauf abzielten, »Schwestern in Not zu retten«, legten die dezidiert feministischen Gruppen Wert darauf, die Betroffenen nicht als wehrlose Opfer, sondern als Überlebende zu begreifen. So ist es gelungen, die Erfahrungen feministischer Psychotherapie in die Solidaritätsarbeit in Ex-Jugoslawien einfließen zu lassen. Dazu gehören z.B. bei Medica Zenica auch psychische Selbstbehauptung der Betroffenen, Hilfe zur Selbsthilfe und Berufsförderung für Flüchtlingsfrauen[5]. Während die bundesdeutschen Unterstützerinnen die individuelle Betreuungsarbeit vor Ort sorgfältig reflektierten und mit strikten Grundsätzen angingen, haben'sie die Rolle, die ihnen in der bundesdeutschen Auseinandersetzung zugewiesen wurde, kaum substantiell hinterfragt. Dabei war die Gefahr, mit dem Engagement auf diesem in jeder Hinsicht emotionalisierten Terrain für die deutschnationale Politik instrumentalisiert zu werden, z.B. angesichts der plötzlich von Frauenfreundlichkeit triefenden Leitartikel der FAZ offensichtlich. Es hätte zu denken geben können, daß das Blatt, das so engagiert auf dem Recht deutscher Ehemänner, straflos ihre Ehefrauen zu vergewaltigen, beharrt, sich so außerordentlich um die psychische Integrität kroatischer Frauen besorgt zeigt.

Eine vergleichbar scharfe Auseinander- setzung, wie sie ex-jugoslawische Feministinnen mit den dortigen neuen Nationalstaaten geführt haben, ist in der bundesdeutschen Unterstützerinnenszene ausgeblieben. Charakteristisch für die Ausblendung der deutschen Verhältnisse bei der Ausrichtung der Solidaritätsarbeit war auch, daß die Multikulturalität Bosnien-Herzegowinas herausgestrichen wurde. In einem Moment, wo in der BRD angesichts des allgemein anwachsenden Nationalismus und zunehmender offener rassistischer Gewalt das Scheitern des zivilgesellschaftlichen Multikultikonzepts zu diskutieren gewesen wäre, wurde am Beispiel Bosnien-Herzegowinas das einstige eigene Ideal beschworen. Anders als in der BRD konnte hier das Böse, das die großen Hoffnungen zerstören wollte, schnell und ohne große Umstände beim Namen genannt werden: Ohne die serbischen Aggressoren, so lautete die vielfach wiederholte Botschaft nicht nur in der Frauenbewegung, sondern auch in der liberalen und einst friedensbewegten Öffentlichkeit, stünde dem Projekt »multikultureile Gesellschaft« nichts mehr im Wege. Für ihre optimistische Sichtweise bedienten sich die Frauen vor allem aus Essays und Texten bosnischer Intellektueller und Kriegsgegner, die unermüdlich den multikulturellen Charakter der Stadt Sarajevo betonten.

Einer von ihnen ist der Friedensaktivist und Universitätsdozent Svebor Dizdarevic: »So hat sich eine Atmosphäre der Toleranz und des gegenseitigen Verständnisses herausgebildet, die Sarajevo zu einer Stadt mit universaler Bestimmung gemacht hat, zu einer multinationalen, multikonfessionellen,

multikulturellern Stadt.«[6] Solche sympathisch klingenden Bekenntnisse und Behauptungen brachten Feministinnen und auch die deutschen Betreiberinnen und Unterstützerinnen von Medica Zenica in eine Zwickmühle: Sie wollten zwar keine der Kriegsparteien unterstützen, aber dem entgegen stand ihr Anspruch, für die Betroffenen Partei zu ergreifen und die Täter zu benennen. Letzterem wurden sie mehr gerecht, als sie Bewohnerinnen von Zenica ermöglichten, in einem Artikel gegen eine internationale Militärintervention eigene Waffen für Bosnien zu fordern und die Serben als ewige Kriegstreiber zu bezeichnen. »Die großserbische Idee (...) ist der spiritus movens einer aggressiven, arroganten und skrupellosen Politik, die bisher sieben Kriege ausgelöst hat. (...) Nur die totale militärische und politische Niederlage kann Serbien heilen, so wie 1945 die Niederlage Hitlers und Großdeutschlands.«[7] Wenn Frauen so schreiben, die gerade ihr Leben vor einem Verfolger und Vergewaltiger gerettet haben, ist das zumindest nachvollziehbar (kritikwürdig bleibt es allemal). Verständlich ist auch, daß deutsche Aktivistinnen und Therapeutinnen diese politische Verarbeitung der eigenen Erfahrungen und die psychische Aufarbeitung des Erlebten ernst nehmen und sie nicht politisch kommentieren und belehren. Wenn deutsche Aktivisten diese Thesen aber in der Bundesrepublik publizieren und sie sich ohne kritische Reflektion zu eigen machen, wird Schritt für Schritt und allen antinationalen Beteuerungen zum Trotz der Logik einer der Kriegsparteien gefolgt und - gerade angesichts der deutschen innenpolitischen Debatte - ideologisch aufgerüstet. Teile der Frauenbewegung ergriffen so Partei für die muslimische Regierung von Bosnien-Herzegowina, das sofort nach der Kriegserklärung eine eigene Armee aufgestellt hatte und - wie heute bekannt ist - über Jahre von den USA und dem Iran massiv militärisch unterstützt wurde. Daß es den Feministinnen bei Medica 1995 mit ihrer Forderung nach militärischem Schutz für die UN-Schutzzonen nicht darum ging, die bosnische Armee, sondern die Zivilbevölkerung zu unterstützen, ist zwar richtig - öffentlich vermittelt haben sie das kaum. Ein unbefriedigender Befund für eine Gruppe, die wesentlich durch Öffentlichkeitsarbeit die nötigen Ressourcen für ihre Arbeit sammelt, also auf diesem Terrain erfahren ist. Erklären läßt sich das dadurch, daß Medica so wie anderen Feministinnen hierzulande ein Konzept gegen den Krieg fehlte und vor allem eine klare politische Position gegenüber der Politik der Bundesregierung, die geschickt dafür gesorgt hatte, daß auch Deutschland als Partei von diesem Bürgerkrieg profitiert. Der Grundkonsens der deutschen feministischen Szene - »gegen Gewalt gegen Frauen« - war stark genug, wichtige Aktionen und Projekte hervorzubringen. Der notwendige Impuls für die Weiterentwicklung auch der eigenen Politik der Frauenbewegung hierzulande hat sich daraus allerdings nicht ergeben. Es ist nicht gelungen, eine eigenständige regierungskritische Antikriegsposition zu entwickeln, die die Kriegsopfer im Blick hat und die sich zugleich von den Interessen aller am Krieg beteiligten Parteien konsequent abgrenzt.

Die antinationale Linke übt Ideologiekritik gegen den Krieg

Gegen die deutschen Interessen am Krieg in Ex-Jugoslawien hatte unterdessen die antinationale Linke schon frühzeitig und sehr deutlich Stellung bezogen. In ihren Analysen der deutschen Politik gegenüber Ex-Jugoslawien spielte stets die Frage eine zentrale Rolle, wie der Krieg in der bürgerlichen Öffentlichkeit in Beziehung zum Nationalsozialismus gesetzt wurde. Die Gleichsetzung der Lager mit den NS-Konzentrationslagern und die Berichte über die Massenvergewaltigungen wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Die antinationalen Kriegskritiker hatten frühzeitig erkannt, wie wirkungsvoll gerade damit die deutsche und internationale Interventionsstrategie befördert wurde - was nicht erstaunt, da etliche von ihnen selbst im Golfkrieg, ebenfalls mit Verweis auf die Verbrechen der Nazis, den Militäreinsatz der nur notdürftig als UNO-Truppen kaschierten NATO legitimierten. Allerdings mit dem Unterschied, daß im Irak tatsächlich mit Hilfe deutscher Firmen Giftgas produziert worden war und daß in Israel tatsächlich Überlebende des Holocaust vom Irak angegriffen wurden.

Um dem entstehenden volksgemeinschaftlichen Konsens entgegenzusteuern wurden in antinationalen Veröffentlichungen Berichte von Massenvergewaltigungen und Lagern als übertrieben oder aufgebauscht entlarvt. Charakteristisch dafür ein Artikel, den *konkret* als »Die Vergewaltigungslüge« auf dem Cover angekündigt hat.[8] Eine Ankündigung, die einige Fragen aufwirft. Wer in diesem Krieg von Vergewaltigungen spricht, suggeriert sie, steht in einer Reihe mit denen, die Auschwitz leugnen. Damit wird der NS-Bezug der Kriegsbefürworter aufgegriffen und in ein anderes Koordinatensystem versetzt. Nach der Logik dieser Überschrift gehören nicht die Vergewaltiger, die es - das zumindest schwingt in dem Sprachspiel mit - nicht gibt, in den Knast (oder vor ein Tribunal), sondern diejenigen, die sie anklagen. In dem Artikel selbst erzählt Martin Lettmayer, ein Fernsehjournalist, der für das bei *konkret* ansonsten eher weniger beliebte (und auch nicht gerade durch äußerst zuverlässige Recherche aufgefallene) *Stern* TV arbeitet, wie er »einige Greuelberichte nachrecherchiert« hat. Sein kolportagehaft geschriebener Bericht entspricht genau den Vorstellungen, die das kritische Publikum von einem Mann dieses Mediums hat: »Überdies erschreckte mich (in Janas Bericht) das Wort sterilisieren. Zwangssterilisation. Hatte ich durch einen Zufall eine sensationelle Spur entdeckt? Ich sah schon den Arbeitstitel für meine neue Story: Zwangssterilisation muslimischer Frauen - ein neuer Höhepurikt der ethnischen Säuberung. Auf an die Arbeit.« Wäre Lettmayer fündig geworden, hätte man das Ergebnis seiner Recherche mit Sicherheit nicht (oder nur als Produkt eines »Vergewaltigungslügners« qualifiziert) in *konkret* lesen können Offenbar half das negative Rechercheergebnis der *konkret*-Redaktion, den Stil diesmal zu verschmerzen: »Vergewaltigungslager mit systematischem Empfängnis- und Gebärzwang als neue Kriegsstrategie der Serben gab es nicht. Zumindest nicht in Doboj.« Dieser Befund ist wohl ebenso richtig wie die Kritik antinationaler Autoren (es sind in *konkret* zuverlässig immer Männer) an äußerst verzerrten Zahlen über Vergewaltigungen. Während aber in (den allerdings nur sehr vereinzelt verfaßten) Texten aus der Frauenbewegung, die nachgezeichnet haben, wie das Thema »Vergewaltigung als Kriegswaffe« selbst zur Waffe in der Auseinandersetzung wurde,[9] versucht wurde, daraus eine praktische Strategie für ihre Unterstützungsarbeit der Betroffenen zu entwickeln, blieben die *konkret*-Autoren bei dem entlarvenden Befund stehen. Und weil sie die Wahrheit in den Zitaten suchten, wurde die Wirklichkeit ideologisiert: Die tatsächlich begangenen Kriegsverbrechen blieben Facetten in der Berichterstattung. *Konkret* setzte sich nur einmal intensiver mit ihnen auseinander, und der Titel des Textes knüpft an die Assoziationen, die schon die Überschrift »Die Vergewaltigungslüge« auslösen sollte, an: »Bosnien: ein serbisches Katyn?<<. Es geht

um die in Srebrenica von der bosnisch-serbischen Armee verübten Verbrechen. Den Serben wird durch den Verweis auf Katyn die Rolle der Roten Armee (die zusammen mit dem sowjetischen Geheimdienst NKWD 1940 das Massaker an gefangenen polnischen Offizieren verübt hat) zugeschrieben - ihre Gegner sind folglich die Nazis. Der Krieg in Ex-Jugoslawien dient auch den Kritikern als Projektionsfläche, auf der sie ein ganz eigenes Szenario vom Kampf des vielleicht nicht ganz Guten, gegen das auf jeden Fall äußerst Böse entwickeln.

Trotz nachvolliziehbarer Bedenken gegen einige Augenzeugen-Berichte geht der konkret-Autor aufgrund der Aussagen von 460 Soldaten des vor Ort im UNOAuftrag eingesetzten niederländischen »Dutchbat«-Bataillons davon aus, daß in der UNO-Schutzzone Srebrenica schwere Verbrechen an Muslimen begangen worden sind. Die Taten werden nicht gerechtfertigt, aber immerhin erklärt: Der Fall von Srebrenica sei provoziert worden, um eine Truppenverschiebung der bosnisch-serbischen Armee zu erreichen, und die Serben seien in eine Falle getappt. Daß er eine Verbindung zu Katyn herstellt, liegt daran, daß die Westalliierten dieses Massaker im Zweiten Weltkrieg lange für eine Propagandalüge der Nazis gehalten hatten. Zum Glück, meint der Autor, denn sonst hätten die Westalliierten die Sowjetunion möglicherweise fallengelassen und die Nazis hätten den Krieg länger führen können. Der *konkret*-Autor dramatisiert durch diese Verkettung der Ereignisse die Vorgänge in Srebrenica, um sie gleichzeitig zu relativieren: Im Krieg mit den Nazis, so seine Botschaft, kann die Wahrheit schaden - und auf einer Seite des Krieges in Ex-Jugoslawien, folgt daraus, und da ist sich der *konkret-Autor* mit seinen innenpolitischen Gegnern einig, stehen die Nazis. Nur für *konkret* personifizieren die Kroaten und Bosnier (und deren Förderer, die Deutschen), und nicht die Serben, die Wiederkehr des Dritten Reiches. Das ist, zumindest was die Deutschen angeht, zwar erheblich näher an der Wirklichkeit als die Gegenposition, trifft die Realität aber dennoch nicht. So unzweifelhaft der Krieg in einem größeren welthistorischen und -politischen Kontext steht; so unzureichend ist es, das Gut-Böse-Schema einfach nur





umzukehren. So gleiten die tatsächlichen Entwicklungen in Ex-Jugoslawien aus dem Blick. Der serbische Nationalismus Milosevics, die sozialen Verhältnisse und die nationalistischern Allianzen vor Ort, die erhebliche Bedeutung für den Krieg und seinen Verlauf haben, werden kaum beachtet. Der Krieg in Jugoslawien ist zwar auch ein deutscher Krieg, er hat aber gleichzeitig wichtige Ursachen in ExJugoslawien selbst. Krieg wurde dort nicht nur geführt, um neue Nationalstaaten gründen zu können, sondern auch um die internen gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Den undemokratischen und autoritären Gesellschaftsaufbau, die Arbeit der antinationalistischen Opposition in Serbien (die es neben der ultranationalistischen und viel länger gibt, als es die bundesdeutschen Medien jetzt glauben machen wollen) blendeten viele Antinationale aus und konzentrierten sich darauf, die Politik der Bundesregierung zu verurteilen. Und weil auch Antinationiale nur schwer damit leben können, wenn im Krieg in Ex-Jugoslawien - wie wahrscheinlich in vielen künftigen Kriegen - die Rolle der Guten als Adressat der eigenen Solidarisierung nicht mehr besetzt wird, schlagen sich etliche Autoren von *konkret* und *junger Welt* verdruckst auf die Seite der offiziellen Regimes in Jugoslawien und der bosnischen Serben. Der schon aus der Golfkriegszeit bekannten Devise folgend: Der Feind meines Feindes wird zwar nicht automatisch mein Freund, aber jedenfalls kritisiere ich ihn nicht, weil ich damit den falschen nützen könnte. Das ist nicht nur eine überraschende Wiederkehr des schematischen Internationalismus der späten Sechziger und frühen Siebziger, der doch eigentlich auch in antinationalen Kreisen in die Kritik geraten war, sondern auch der zu Recht verpönten Realpolitik, die zuerst fragt, wem es nützt, bevor sie sich zu Fragen der Wahrheit äußert. Dabei hätten sich die Antinationalen durchaus leisten können, aller staatlichen Parteien Feind in diesem Konflikt zu sein und die Realpolitik sausen zu lassen, denn als realpolitischer Faktor spielten sie auf keiner Seite eine Rolle.

Dort aber, wo sie Einfluß hätten nehmen können, haben sie großzügig darauf verzichtet. Die antinationale Linke hat trotz ihrer Konzentration auf das deutsche Verhalten im Zusammenhang mit dem Jugoslawienkrieg keine sonderlichen Anstrengungen unternommen, den Weg von der Entlarvung zum Widerstand zu ebnen, weil das Interesse an der Ideologiekritik im Großen das Interesse an der Veränderung der Wirklichkeit wenigstens im Lager der außerparlamentarischen Opposition überlagert hat. Eine Kooperation mit nicht- oder anti-nationalistischen Gruppen der Frauenbewegung auch nur zu versuchen stand nicht auf der Tagesordnung.

Vereinnahmung der Frauenbewegung

Ob ein Zusammenschluß von Teilen der Frauenbewegung mit den Antinationalen einer außerparlamentarischen Opposition sicher auf die Füße geholfen hätte, muß fairerweise allerdings bezweifelt werden. Die feministischen Antikriegsaktivitäten haben in erster Linie davon gelebt, daß sie Beachtung in der liberalen Öffentlichkeit gefunden haben. Das Interesse war aber nur von kurzer Dauer. Es reichte jeweils nur soweit, wie es politisch opportun erschien, um die deutsche Parteinahme gegen die Serben öffentlich zu legitimieren. Im Verlauf des Krieges kam es so immer wieder zu faktischen Allianzen, in denen sich die, die sonst als Gegner der Emanzipationen einen Ruf zu verlieren haben, plötzlich die Forderungen der Frauenbewegung auf ihre eigenen Fahnen schrieben. Die *FAZ* z.B. interessierte sich plötzlich fürVergewaltigungen: »Wenn 10 000 muslimische Frauen von Serben geschwängert und vergewaltigt werden, stürzt das Volk der bosnischen Muslime in einen seelischen Abgrund.« Der Frauenbewegung ging es in diesem Zusammenhang zwar nicht um die Rettung der Nationen, sondern um die der Frauen, aber sie hat es weder hier noch bei anderen Anlässen geschafft, sich öffentlich wirksam von einer Vereinnahmung ihrer Inhalte durch konservative Kommentatoren, katholische Geistliche und kriegsfördernde Politiker zu distanzieren. Das gilt im übrigen auch für die erwähnte Forderung nach der bewaffneten Verteidigung der UN-Schutzzornen nach den Vorfällen in Srebrenica. Dadurch, daß die Frauenbewegung - wenn auch mit einer anderen Zielsetzung - selbst diese Forderung erhob, ersparte sie den Befürwortern einer u.a. deutschen Militärintervention Legitimationsargumen- te.

In dieser Gemengelage sich überlagernder Interessen kürten die *Tagesthemen* 1993 Monika Hauser, die Initiatorin von Medica Zenica, für ihre Zivilcourage zur »Frau des Jahres«. Das hat überrascht und bei manchen die Hoffnung geweckt, die Öffentlichkeit in diesem Land interessiere sich vielleicht doch noch für Herrschaftskritik und Feminismus. Drei Jahre später fand es dieselbe *Tagesthemen*-Moderatorin Sabine Christiansen nicht einmal mehr erwähnenswert, daß ihre »Frau des Jahres« das ihr zugedachte Bundesverdienstkreuz abge-

lehnt hat. Wahrscheinlich hat sie die Begründung von Monika Hauser gestört, die mit ihrer Ablehnung gegen die Abschiebung von Bürgerkriegsflüchtlingen nach Bosnien protestieren wollte. Daraus ist für den deutschen Mainstream wenig Gewinn zu ziehen und die Versuche von Teilen der Frauenbewegung, Protest gegen die Abschiebungen öffentlich zu machen und mit einer umfassenden Forderung nach Bleiberecht für Bürgerkriegsflüchtlinge auch aus anderen Ländern zu verbinden, stoßen in der liberalen Öffentlichkeit auf keinerlei Resonanz. Um heute die Abschiebung der Flüchtlinge nach Ex-Jugoslawien durchzusetzen, wird die Frauenbewegung schließlich nicht gebraucht. Die ohnehin in diesem Land nicht schwierig herzustellende Legitimation für die Abschiebungspolitik verschaffen sich die Innenminister selbst. Indem sie über ein Jahr lang aberwitzig kurzfristige Termine für die Abreise von Manfred Kanthers »Gästen auf Zeit« nach Bosnien ansetzten, konnten sie jeweilige kurze Aufschübe erfolgreich als enormes humanitäres Zugeständnis an die Flüchtlinge und deren Unterstützer verkaufen. Und niemand hat gelacht.

Resümee

Der Krieg in Jugoslawien, den die Bundesrepublik vorantreiben und nutzen konnte, um ihre Stellung als europäische Hegemonialmacht auch mit militärischer Kompetenz abzusichern, hat das Ende der außerparlamentarischen Opposition, wie es sie bis dahin in der Bundesrepublik gegeben hat, herbeigeführt. Während die Friedensbewegung sich einfach nicht mehr auf der politischen Bühne gezeigt hat, haben Teile der Frauenbewegung einen tragischen Abgang vollzogen: Ihr legitimes Bemühen, gegen Menschenrechtsverstöße und vor allem gegen ein enormes Ausmaß an sexueller Gewalt, deren Opfer Frauen wurden, zu mobilisieren, wirkte als Katalysator für die offene deutsche Kriegsbeteiligung. Da die deutschen Feministinnen sich, anders als manche jugoslawischen feministischen Gruppen, nicht mit dem Nationalismus im eigenen Land auseinandergesetzt haben, war es der konservativen deutschen Politik ein Leichtes, ihre politischen Initiaitiven aufzugreifen, nach Bedarf zu modifizieren, so ihres antipatriarchalen Charakters zu entkleiden und für eine militaristische Politik zu instrumentalisieren. Daß aus der Frauenbewegung gleichzeitig eine Vielzahl humanitärer Initiativen entwickelt wurden, die Frauen und feministischen Projekten in den Kriegsgebieten erheblich geholfen haben, wird angesichts dessen zwar nicht bedeutungslos - ändert aber am politischen Fiasko auch der feministischen Oppositionspolitik nichts, die ähnlich der Friedensbewegung im Golfkrieg letzten Endes an der unzureichenden Auseinandersetzung mit der enormen Aggressivität deutscher Politik nach innen und außen gescheitert ist. Die Konsequenzen sind auch für die Fortschreibung praktischer feministischer Ansätze in der bundesdeutschen Gesellschaft fatal, wie sich z.B. an der Entwicklung der Flüchtlingspolitik zeigt, gegen die eine relevante Mobilisierung nicht mal mehr mit Blick auf die Kriegsflüchtlinge aus Jugoslawien erreicht werden konnte. Aber auch die antinationalen Kritiker des deutschen Engagements im Jugoslawien-Konflikt sind in eine schwere Krise geraten, weil sie über eine Entlarvungspolitik, die stets den Spuren des herrschenden Diskurses gefolgt ist, nicht hinausgekommen sind und überdies mit ihrer strikten Fixierung auf die innenpolitischen deutschen Verhältnisse in eine ziemlich enge Sackgasse geraten sind. Die Absage an den Internationalismus traditioneller Prägung, die dazu führt, daß künftig die Kritik an Deutschland über alles gesetzt wird und die Verhältnisse und Interessen vor Ort weitgehend ausgeblendet werden, führt in keine bessere Richtung. Eine antinationale Politik, die neben der notwendigen und materialreichen Kritik am deutschen Kriegsbeitrag kaum darüber hinauskommt, die Zahlen von Kriegsverbrechen herunterzurechnen, Übertreibungen der Kriegspropaganda aufzudecken und strategische Fehler der Militärkommandeure zu reflektieren, wird zur ermüdenden Realpolitik. Gefragt ist, was den Feinden nicht nützt. Unter theoretischen Gesichtspunkten fallen die Ergebnisse dürftig aus. Der praktische Gewinn ist ebenfalls hart an der Nullgrenze, da jeder Versuch - vor allem mit den Gruppen im feministischen Spektrum, die für antinationale Ansätze aufgeschlossen waren wenigstens punktuell zu kooperieren, unterblieben ist.

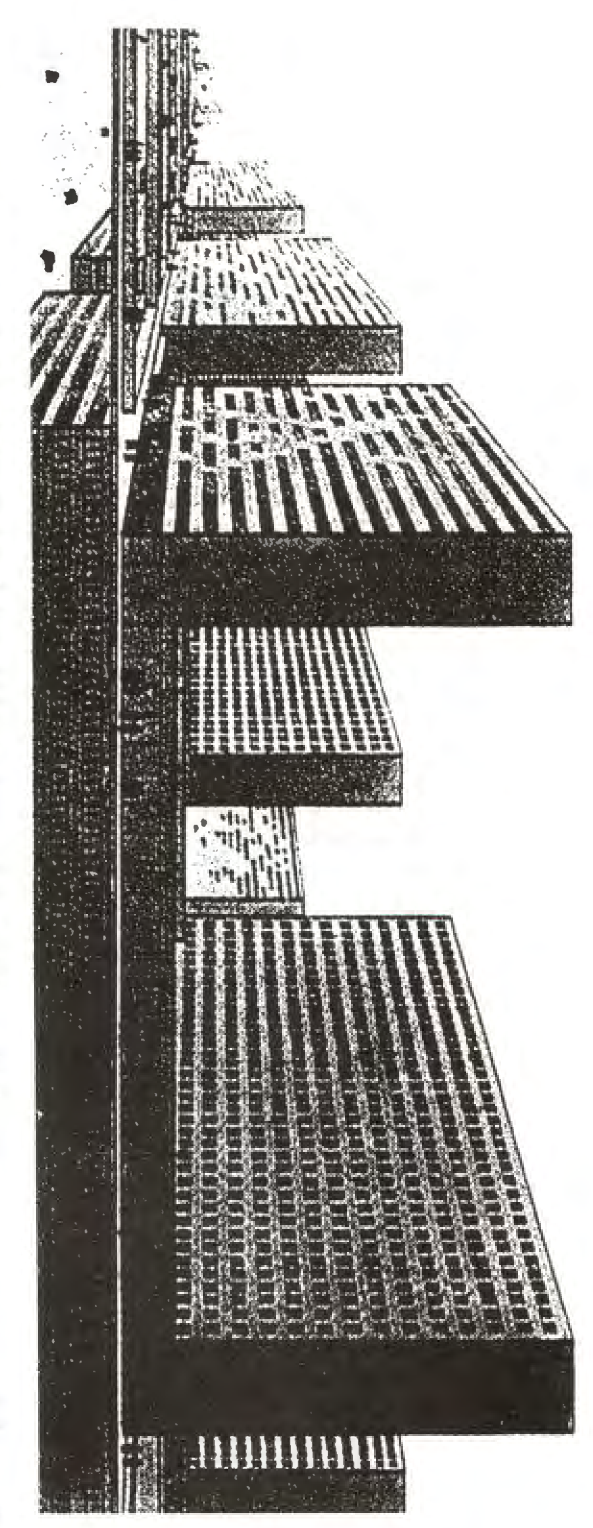
„Der Krieg ist zu Ende. Die Reflexion hat wieder eine Chance." Das wurde nach dem Golfkrieg geschrieben. Nach dem Jugoslawien-Krieg ist die Lage nicht besser. Es gilt also um so mehr.

Claudia Fregiehn/Oliver Tolmein

Anmerkungen:

[1]Eingehend zu den Konstellationen im Golfkrieg siehe: Tolmein/zum Winkel, der Krieg der Polemiker, Hamburg 1991
[2]taz vom 5.9.1992
[3]Dazu gehören das autonome Frauenhaus Zagreb, der SOS-Notruf in Belgrad, die Frauen in Schwarz gegen den Krieg und die „Zentren für weibliche Kriegsüberlebende", Center for women war victims, die als solidarische Aktion zeitgleich in Serbien und Kroatien entstanden sind.
[4]vgl. Sheherazade Newsletter Nr. 3, S.23
[5]ausführliche Darstellung der Arbeit in: Medica-Bulletin 1/95
[6]in :Liberation vom 29.6.1992 und taz vom 6.7.1992
[7]vgl. Sheherazade Newsletter Nr.5 Juli 1993, S.7f
[8]Konkret 4/94, S.28ff
[9]vgl. Erica Fischer in:beiträge zur feministischen theorie und praxis Nr. 34/1993, S.137-145

aus:"Tarzan - was nun" Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche" Verlag Libertäre Assoziation



"Kampf dem Atomstaat"

Zu den bewegten Tagen Anfang März im Wendland ist nun eine Broschüre erschienen, die einen guten Überblick bietet über die Vorbereitungen für den Tag X³, die Aktionen gegen den Castor-Transport (nicht nur im Wendland) und die nachbereitenden Diskussionen. Die mit vielen Fotos aufgelockerten Texte sind zum allergrößten Teil aus bürgerlicher und "Bewegungs"presse gesammelt, also nicht extra für die Broschüre geschrieben worden.

Die Broschüre ist für 5,- in gutsortierten Infoläden (z.B. Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46) erhältlich oder direkt bei den HerausgeberInnen:
Rat der Gnome
c/o "Schwarzer Hahn"
Lensian, Am Rundling
29462 Wustrow

Aktion gegen den Vorstandsvorsitzenden der Hamburger Hochbahn AG Günter Elste

Nicht das was uns droht
sondern daß es einfach so weiter geht,
das ist die eigentliche Katastrophe.
Kampf der rassistischen und sozialen Ausgrenzung!

Heute haben wir bei Günter Elste in der Langheinstraße 6 in Hamburg-Poppenbüttel (Tel.040/6061544) vorbeigeschaut und sein Haus mit Steinen und Farbflaschen eingedeckt, um ihm ein wenig von dem Angst und Schrecken zurückgegeben, den seine Uniformierten Bahn-Schergen in der U-Bahn verbreiten.
Voscherau-Intimus Elste ist seit 1996 Vorstandsvorsitzender der Hamburger Hochbahn AG, vorher war er stellvertretender Landesvorsitzender der Hamburger SPD sowie Fraktionsführer der SPD in der Hamburger Bürgerschaft. Noch immer ist er Kreisvorsitzender der SPD Hamburg-Wandsbek. Elste ist verantwortlich für eine lange Reihe von Maßnahmen sozialer Ausgrenzung, rassistischer Kontrolle sowie Klassenkampfes von oben.

Bettelverbot in den Bahnen

Parallel zu den hitzigen Diskussionen um das berüchtigte Papier der Innenbehörde "Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt", in der Betteln als eine besonders unangenehme Erscheinungsform der "Unwirtlichkeit" bezeichnet wurde, ging Günter Elste im September 96 mit seinem Plan an die Öffentlichkeit, BettlerInnen aus den U-Bahnen und Bahnhöfen der Hansestadt zu vertreiben. Das Personal der HHA wurde instruiert, gezielt gegen Betteln in der U-Bahn vorzugehen. Die Schergen der U-Bahnwachen sollten hierfür in speziellen "Bettler-Seminaren" psychologisch geschult werden. Welche Erfolge dieses Training zeitigte, ist in zahlreichen Mißhandlungen von BettlerInnen durch die U-Bahnwache dokumentiert.
Elste beklagte sich gegenüber seiner Kollegin Fischer-Menzel über die "wirklich unnötige Bettelei im öffentlichen Raum". Das Betteln in U- und S-Bahnen habe sich im ersten Halbjahr 96 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt und dagegen müßten harte Maßnahmen ergriffen werden, bis hin zu Strafverfahren. Flankierend startete die HHA gemeinsam mit der Hamburger Sozialbehörde eine Plakatkampagne mit den Slogans: "In Hamburg braucht niemand zu betteln und Gott sei Dank auch niemand im Freien zu übernachten" - quasi als Legitimierung von Repression gegen sowie Vertreibung von BettlerInnen. Als Ursache für Armut konnte - wieder einmal - das individuelle "Schicksal" verantwortlich gemacht werden, Betteln und Draußenpennen bei Minusgraden wurden als Freizeitvergnügen dargestellt.
Elste mit seinem geschätzten Jahreseinkommen von 300.000,-DM braucht bestimmt nicht zu betteln, ebensowenig wie auch die knapp 6000 Hamburger Millionäre, die diese Stadt laut einer EU-Statistik zu einer der reichsten Regionen Europas machen.
Während Voscherau und Hamburger Senat Ende Oktober in der Öffentlichkeit heuchelten, die oben zitierte Drucksache, deren zugespitzte Ziele die Vertreibung von Obdachlosen, Junks, TrinkerInnen sowie BettlerInnen von den "Visitenkarten und repräsentativen Räumen" der Stadt lauteten, sei erledigt und zu den Akten gelegt, sind jene Zielvorgaben im Bereich der HHA ohne größeren öffentlichen Protest oder gar Widerstand bereits erreicht worden.
In Hamburgs U-Bahnhöfen und -Bahnen gilt jetzt die Vision des 1.Bürgermeisters, daß "diejenigen Bürger, welche Leistungsträger sind, nicht wollen, daß Menschen, deren Verhaltensweisen sich deutlich außerhalb der Lebensweisen normaler Mitteleuropäer (!) bewegen, zum Maßstab für das Zusammenleben aller gemacht werden.

"Gesundheitsbonus" bei der HHA

Um die Krankenquote bei der HHA zu senken, wurde wie bei vielen anderen Unternehmen mittlerweile auch, ein sogenannter Gesundheitsbonus oder auch Anwesenheitsprämie eingeführt. Statt einer linearen Lohnerhöhung wurde MitarbeiterInnen, die gar nicht oder sehr selten krank waren, 96 ein Bonus von 1% zugestanden. Für 1997 soll sich dieser Betrag sogar eventuell auf 3% erhöhen, da die Krankenquote von 10,9 auf 9,8% gesunken sei, aber nur falls die ÖTV von ihrer Forderung nach 115,-DM für alle im Monat Abstand nimmt. Elste will die Personalkosten bei der HHA bis 98 um 23 Millionen DM senken und droht mit Arbeitsplatzabbau, falls eine nachhaltige Senkung der Fehlzeitenquote nicht erreicht würde. Die Einführung solcher Anwesenheitsprämien sowie die Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird zunehmend als Kampfmittel eingesetzt gegen (v.a. chronisch) kranke ArbeitnehmerInnen, wie auch gegen diejenigen, die verständlicherweise lieber krankfeiern statt sich verschleißen zu lassen. Als Wirkung ist ein Rückgang der Fehlzeiten zu beobachten, d.h. die Leute schleppen sich zunehmend auch krank zur Arbeit, denn längeres Kranksein wird mit empfindlichen Lohneinbußen "bestraft".

Das Anti-Schwarzfahrer-Konzept der HHA

Im Januar 97 kündigte die Hamburger Hochbahn AG an, verstärkter gegen sogenannte "SchwarzfahrerInnen" vorzugehen. Für das Jahr 96 wurde der angebliche "Schaden" durch 1,8 Millionen Schwarzfahrten mit 25 Millionen DM beziffert. Die meisten Schwarzfahrten erfolgten demnach zwischen 20 Uhr und Betriebsschluß.
Die HHA erhöhte die Anzahl der Kontrolleure von 80 auf 100, außerdem muß in den U-Bahnen noch mit 80 Cops der U-Bahnwache und in den S-Bahnen mit 70 Sicherheitsbütteln sowie 150 Bahnbullen gerechnet werden.
Die Orwellsche Wunschvorstellung von Elste lautet: "Jeder muß jederzeit mit einer Kontrolle rechnen."
Während für Leute mit deutschem Paß, weißer Hautfarbe und gesichertem Aufenthaltsstatus, welche umsonst die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, jede Kontrolle mit nervlichen und finanziellen Unannehmlichkeiten verbunden ist, stellen großangelegte Kontrollen - vor allem wenn HHA, Ausländerbehörde und Bullen dabei akribisch zusammenarbeiten - für illegalisierte Menschen eine konkrete Gefahr ganz anderen Ausmaßes dar.
Am 16.1.97 führte die HHA solch eine Großaktion am U-Bahnhof Horner Rennbahn durch. Zwischen 18 und 24 Uhr wurden die Eingänge abgeriegelt und 4000 Fahrgäste von 50 Bullen, 24 Hochbahnkontrolleuren mit Unterstützung von Beamten der Ausländerbehörde und Studenten der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung überprüft. 316 SchwarzfahrerInnen gingen ihnen ins Netz, 7 Fahrgäste wurden wegen "Verstoß gegen das Ausländergesetz" festgenommen, weitere drei "AusländerInnen" im Umfeld des Bahnhofs wegen "Verdachts des illegalen Aufenthalts" gefangengenommen.

Angesprochen auf die Zusammenarbeit verschiedener Behörden bei dieser Aktion und darauf, daß solche Kontrollen rassistisch motiviert abliefen, äußerte sich der Polizeisprecher: "Zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung haben wir auch die Personalien sonstiger auffälliger Personen festgestellt. Auch Ausländer können Räuber sein."
Und Hochbahnsprecher Häger meint: "Wir helfen der Polizei sehr gerne bei ihrer Arbeit." Diese Form der Zusammenarbeit kennen wir auch vom Newroz-Fest im Frühjahr 96, als die HHA Busse und Fahrer zum Abtransport einer eingekesselten und komplett festgenommenen Demo durch die Bullen bereitstellte, oder von einer Razzia im Schanzenpark im Herbst 96, als ein Hochbahnbus die Schergen zum Einsatzort brachte.
Weitere Schwerpunktaktionen liefen am 4.2.97 im Bereich des Hauptbahnhofs und am 5.4.97 auf verschiedenen U-Bahn- und Nachtbuslinien. Bei der ersten waren über 7000 Personen, bei der zweiten ca.3000 von den Kontrollen betroffen. Ca. 10% hatten keinen Fahrschein. Ob es auch hier zu Festnahmen von Illegalisierten kam und ob die Ausländerbullen vor Ort waren, wisen wir nicht. Aber auch bei den "normalen" Kontrollen kommt es permanent zu Mißhandlungen und widerrechtlichen Ausweiskontrollen von Menschen, deren Haut nicht weiß ist durch Wachschutzschweine und Kontis.
Neben den Stigmatisierungen des Drogendealers, Hütchenspielers, organisierten Kriminellen usw. haftet ImmigrantInnen der rassistische Pauschalverdacht der FahrgelderschleicherIn an.
Und nicht allein bestimmte öffentliche Plätze wie z.B. der Hachmannplatz und der Schanzenpark werden in Hamburg von den HERRschenden mittels Platzverweisen, Verbringungsgewahrsam etc. zu "no go areas" für ihnen unerwünschte Personen erklärt, sondern auch in den Bereichen der Bahnhöfe wird Vertreibung auf diese Weise praktiziert. 1996 wurden knapp 500 Hausverbote für den Hamburger Hauptbahnhof für eine Dauer von zwei Jahren ausgesprochen, insbesondere gegen mutmaßliche Junks und Dealer. Sich "offen" eine Spritze im Hauptbahnhof zu setzen ist verboten. In Hamburg gibt es ca.1000 Menschen mit Hausverbot in den U-Bahnen, in Berlin sollen allein im Januar 5800 Hausverbote für den Bahnhof Zoo erteilt worden sein.
In Bremen wiederum, welches in vielen Bereichen rassistischer Ausgrenzung und Kontrolle eine Vorreiterrolle spielt, gibt es eine rege Zusammenarbeit zwischen Bullen und Verkehrsgesellschaften. Die Polizei übergibt den Verkehrsbetrieben Daten über mutmaßliche DrogenuserInnen oder DealerInnen, v.a. von verdächtigen SchwarzafrikanerInnen, denen dann für die Dauer von einem Jahr ein Verbot der Nutzung der Straßenbahn- und Buslinien der Stadt erteilt wird.
In letzter Zeit richtet sich die über die Medien gepowerte Sicherheitshysterie auch besonders auf die vermeintlich fehlende "Sicherheit" im Hamburger Öffentlichen Nahverkehr, vor allem in den S-Bahnen. In wiederlichster Heuchelei werden Vergewaltigungen ausgeschlachtet und funktionalisiert, um die verstärkte Anwesenheit der v.a. männlichen Sicherheitsdienstschläger zu legitimieren. Eine Diskussion über einen reglementierten Zugang von Männern zur Bahn (z.B. "Frauen-U-Bahnwagen") gibt es selbstverständlich nicht.
Aber die Hamburger Spezialdemokraten, nie um einen Einfall verlegen, werden ab 20.6.97 siebzig Langzeitarbeitslose (ab Dezember 360) als ABM-Maßnahme den Job eines Zugbegleiters in der S-Bahn verrichten lassen. Ihr Hauptaugenmerk soll sich auf die Sauberkeit der Bahnen richten. Falls sich nicht genügend Freiwillige für diesen Job finden, werde man mit "gebotenem" Nachdruck auf Arbeitslose zugehen, ließ Arbeitsamtschef Kogelin mitteilen. Aber nicht nur an Langzeitarbeitslose wird gedacht, nein, Sozialsenatorin Fischer-Menzel läßt zehn Jobs im Reinigungsdienst des Hauptbahnhofes für BettlerInnen, AlkoholikerInnen und Obdachlose bereitstellen. Wie aufmerksam!
Dies wird Dürr, den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, erfreuen, der kürzlich dem Hamburger Senat vorschlug, den Bahnhofsvorplatz an die DB abzutreten, damit ihre hauseigenen Sicherheitsdienste da endlich mal "reinen Tisch" mit der Drogenszene machen könnte. Im Bahnhof selber mit der Shopping-Meile "Wandelhalle" findets Dürr ja noch ganz schick, aber draußen packte ihn der Ekel...

The shops are open, but the minds are closed

Daß solche Anliegen nicht nur den Wahnvorstellungen der Bonzen entspringen, sondern vielmehr die Privatisierung des öffentlichen Raumes Stück für Stück vorangetrieben wird, zeichnet sich immer mehr ab. Begleitet wird dieser Prozeß von der Vertreibung von über den Sicherheitsdiskurs stigmatisierter Gruppen, wie Obdachlose, BettlerInnen, das konstruierte Kollektiv ausländischer Drogendealer, Junkies, etc. Diese Gruppen werden als angebliche Bedrohung aufgebaut des vielfach beschworenen leistungsfähigen Kerns der Gesellschaft - der friedlichen, steuerzahlenden Bürger, wie Voscherau sie gerne nennt. Dieses steckt hinter den Strategiepapieren von Voscherau, Wrocklage und Elste, Papiere mit wohlklingenden Namen wie "Handlungskonzept für St. Georg" (in St. Georg wurden von Mai 95 bis Dezember 96 102156 Platzverweise erteilt, 4236 Ingewahrsamnahmen durchgeführt) oder Drucksachenentwurf "Maßnahmen gegen die Unwirtlichkeit der Stadt".
Die reaktionäre Mobilisierung wird vor allem durch Vereinigungen privater Geschäftsleute gepusht, so z.B. die AG-City in Berlin, die City-Marketing Köln oder der Einzelhandelsverband Hamburg. So vertrat Kalkmann, Chef des Einzelhandelsverbandes Hamburg, in einem Interview die Ansicht, daß BettlerInnen bereits durch ihre Anwesenheit störten. Ihr Anblick könne potentiellen KundInnen ein schlechtes Gewissen machen und sie beim Einkauf beeinträchtigen. In einer Veranstaltung der Handelskammer Hamburg mit dem Titel "Lebensqualität in der Stadt" mit Stargast Innensenator Wrocklage nahmen die Pfeffersäcke dann kein Blatt mehr vor den Mund. In übelstem "sozialhygienischen" Vokabular wurde der Senat im Namen der City- Geschäftsleute aufgefordert, doch bitte dafür zu sorgen, daß "alle Störungen aus Passagen, und Flaniermeilen verbannt werden". Der Gesamtorganismus der Stadt sei "chronisch krank", es zeigten sich Verfall und Verwahrlosung. Ludwig (Schuh-) Görtz geiferte: "Erst ist der Schmutz da, dann kommen die Punks, die Alkoholiker und schließlich die Kriminalität." Die Unwirtlichkeitsdrucksache des Senats wurde vom Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Schmidt-Trenz nochmals gelobt und eine Innenstadtverordnung gegen das Betteln gefordert.
Nachdem in den meisten Einkaufspassagen die Geschäftsleute ihr Hausrecht sowieso schon ausüben und privaten Wachschutz patroullieren lassen, werden jetzt auch die ersten Orte des "öffentlichen Raumes" von privaten Unternehmen gekauft, so z.B. der "Los-Angeles-Platz" nahe des Kurfürstendammes in Berlin, wo Essen und Trinken verboten sind und der nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr betreten werden darf. In Berlin sind mittlerweile 24 Plätze (z.B. Breitscheidplatz und Kottbusser Tor) zu sogenannten "gefährlichen Orten" ernannt worden, an denen operative Einsatzgruppen der Polizei z.T. mehrmals täglich Razzien durchführen und Platzverbote erteilen.
In Hamburg wurden zentrale Schaltstellen des Bereiches "Innere Sicherheit" vorausschauenden mit rechten Sozialdemokraten besetzt. So machte der ehemalige Innensenator und jetzige Chef des "Allgemeinen Sicherheisdienstes" (ASD) Hackmann von sich reden. Nachdem der jetzige Präses der Innenbehörde Wrocklage bei ihm nachgefragt hatte nach Vorschlägen zur Privatisierung von Teilaufgaben der Inneren Sicherheit, machte Hackmann u.a. den Vorschlag, öffentliche Straßen und Plätze an Anlieger zu verpachten, damit diese dort ihr Hausrecht ausüben und unerwünschte BesucherInnen entfernen lassen könnten. Überhaupt ist das Verhältnis zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten zunehmend von Kooperation geprägt. So rief Sielaff, Landespolizeiinspekteur, nach meh-

reren Schießereien in der Innenstadt zu einer besseren Zusammenarbeit von "schwarzen Sheriffs" und Bullen auf. Im Innenstadtbereich patroullieren schon jetzt sogenannte "City Cops" zweier Hamburger Detekteien auf dem Rathausmarkt. Ab Herbst sollen die Bereiche Gänsemarkt, Neuer Wall und Jungfernstieg abgedeckt werden, finanziert von einem Sicherheitsverbund von Kaufleuten aus der Innenstadt.

" Wir brauchen mehr als in früheren leichteren Zeiten eine starke Demokratie mit Mut zu konsequenterem Durchgreifen gegenüber Fehlverhalten." (Voscherau)

In Hamburg ist Wahlkampfzeit und die SPD hat wie alle anderen Parteien auch die sogenannte "Innere Sicherheit" zu einem ihrer Hauptthemen gemacht. Der Bürgermeister favorisiert ein Repressionskonzept aus New York namens "Zero Tolerance", demzufolge jede noch so kleine Straftat verfolgt werden soll. Stimmungmachend tritt er für die beschleunigte Abschiebung "straffällig gewordener Ausländer" ein, da diese nur deutsche Gefängnisse verstopften. "Schönwettergesetze" seien in diesen "schwierigen Zeiten" nicht mehr ausreichend gegenüber den "drei kritischen Übeln", die z.Zt. das Land bedrohten: Flüchtlingswellen aus fremden Ländern, internationale organisierte Kriminalität sowie allgemeine Rücksichtslosigkeit und mangelnde Zivilcourage.

Als Lösungen bietet das SPD Wahlprogramm an: Mehr Polizeipräsenz, schnellere Gerichtsverfahren und zügigere Abschiebungen. Insbesondere mit dem Konzept "Sicherheitspartnerschaft Bürger und Polizei" wird versucht, Image und Akzeptanz für die Bullen zu verbessern. Der Hamburger Polizeiskandal und rassistische Folterungen auf den Wachen sind längst kein Thema mehr. Die Folterer gehen, freigesprochen, weiter ihrem Dienst nach. Im ehemals aufrührerischen Schanzenviertel wird eine mobile Polizeiwache vor Ort installiert, um das Sicherheitsgefühl der BürgerInnen angesichts der "bedrohlichen" Drogen- und Dealerszene zu verbessern, seit Jahren patroullieren permanent Bullen, uniformierte und zivil, sowie BGS durch den Schanzenpark. Bullen nehmen an "Stadtteilgesprächen" teil, beteiligen sich an "Bürgerinitiativen" und Arbeitsgruppen aus dem Stadtteil, die unter sich die Millionen des Hotelinvestors Storr aufteilen.
Auch an weiteren Vorstößen in bezug auf Vertreibung und Ausgrenzung unerwünschter, schlecht verwertbarer Gruppen wird gearbeitet. Nachdem die berüchtigte "Unwirtlichkeitsdrucksache" offiziell vom Tisch genommen wurde (die Zielvorstellungen waren zu unverblümt dargestellt worden), was Voscherau auch persönlich als Niederlage ansah, bekam die Justizbehörde das Heft in die Hand. Wie erst kürzlich bekannt wurde, hat die Justizbehörde in einem internen Papier die juristischen Möglichkeiten geprüft, gegen sogenannte "sozial inadäquate aggressive Bettelei" vorzugehen. Intendiert ist der Erlaß einer Polizeiverordnung (wie es sie z.B. in Erfurt, Stuttgart, Frankfurt /M. schon gibt). Dieses Papier wurde an Bezirke, Senatskanzlei, Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, die Innen- und die Baubehörde geschickt, mit der Aufforderung zur Stellungnahme.
Flankierend meldete sich die Handelskammer zu Wort und ermunterte den Senat, in einem zweiten Anlauf doch endlich eine "Innenstadt-Verordnung" gegen Bettelei, Schmutz, wildes Plakatieren, gewalttätige Demontrationen u.a. zu erlassen, da daß Sicherheitsempfinden der Bürger doch stark beeinträchtigt sei.
Es liegt mit am Widerstand, ob ihre schweinischen Pläne blockiert und das ominöse "Sicherheitsgefühl" der BürgerInnen weiter beeinträchtigt werden kann. Deshalb beteiligt euch an Aktionen der sogenannten Innenstadtkampagne gegen Privatisierung, Konsumzwang und Ausgrenzung vom 2. - 8.6.97 !

Bleiberecht für Alle!

Schluß mit den Razzien und Platzverweisen!

Den Widerstand organisieren, für eine revolutionäre Initiative!

Hamburg, 2.6.97
In Erinnerung an Benno Ohnesorg, am 2.6.67 in Berlin von einem Zivilbullen ermordet.

Schluß mit der „viehischen Menschenquälerei" Brechmittelvergabe Gegen die verantwortlichen „Ärzte" vorgehen

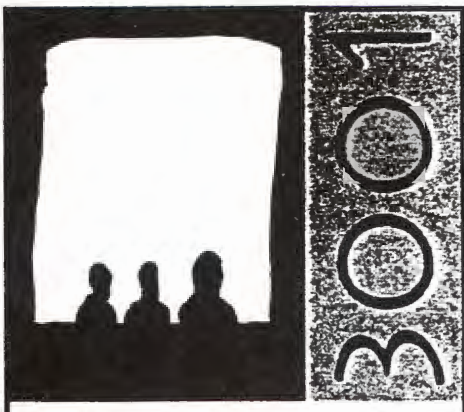
Im Mai sind erneut gravierende Vorwürfe durch Bremer Polizeibeamte bekannt geworden. Betroffene wurden geschlagen, gedemütigt und mit Brechmitteln gequält. Ein Lüneburger Rechtsanwalt erstattete Strafanzeige nachdem sein Mandant, ein 19 jähriger Asylsuchender aus Sierra Leone, in der Straßenbahn urplötzlich und ohne erkennbaren Anlaß von zwei Männern angegriffen, auf den Kopf geschlagen und als „stinkender Nigger" beleidigt worden war. Die Schläger zwangen den Betroffenen auszusteigen und mit auf eine Polizeiwache zu kommen. Erst dort wurde ihm klar, daß er es mit Zivilfahndern der Bremer Polizei zu tun hatte. Man warf ihm vor, ein Drogendealer zu sein. Während des Verhörs wurde er erneut geschlagen und beleidigt. Schließlich wurden ihm von einem „Arzt" des Instituts für Rechtsmedizin Brechmittel verabreicht. Drogen wurden bei dem jungen Mann nicht gefunden. Er litt nach der Tortur allerdings über zwölf Stunden an Bluterbrechen. Ein Effekt, den die „Ärzte" des Instituts für Rechtsmedizin bewußt in Kauf nehmen, händigen sie den Betroffenen doch Zettel aus, auf denen steht, daß diese sich „bei starkem Erbrechen, starkem Durchfall bzw. blutigem Erbrechen" an ihren Hausarzt bzw. den ärztlichen Notdienst wenden sollen. Der Direktor des Instituts für Rechtsmedizin, Birkholz, meinte im August 1995 gar, daß das Risiko des Vorhandenseins eines Magengeschwürs mit nachfolgenden, durch die Brechmittelvergabe hervorgerufenen Blutungen in Kauf genommen werden müsse.
Nach einer anderen Brechmittelvergabe - ebenfalls im Mai 1997 - mußten die Mitbewohner eines 17jährigen Sierra Leoners nachts den Notarzt rufen, da der Jugendliche an unstillbarem Erbrechen zusammen mit „abdominellen Spasmen" litt. Der Betroffene war bereits im April 1996 nach einer solchen „Behandlung" ohnmächtig zusammengebrochen und mit dem Rettungswagen in eine Klinik gefahren worden. Zuvor hatte man ihn unter den Augen des „Arztes" Dr. Ritter, gezwungen, nach einer ergebnislosen Brechmittelvergabe (mit gewaltsamer Einführung einer Nasen-Magen-Sonde zur zwangsweisen Verabreichung des Brechmittels) den Boden aufzuwischen. Der Ohnmachtsanfall ist ihm kürzlich von den „Ärzten" des Instituts für Rechtsmedizin als vorgetäuscht ausgelegt worden - Ziel soll demnach eine Imageschädigung der Bremer Polizei gewesen sein.
Die Brutalität und der Zynismus der Brechmittelvergabe, und dabei insbesondere die herausragende Rolle der „Ärzte" des Instituts für Rechtsmedizin, ist derart erschreckend, daß eine wiederholte Publikation immer neuer Übergriffe und Gewalttätigkeiten als alleiniges Mittel schon lange nicht mehr ausreicht. Gefragt ist direkte Intervention, um diese „grausame, erniedrigende und unmenschlichen Behandlung" (amnesty international), diesen Verstoß gegen die Menschenwürde und diese ohne gesetzliche Grundlage stattfindende Praxis (Oberlandesgericht Frankfurt a.M.) zu beenden. Ein Ansatzpunkt muß hier die ethische Selbstverpflichtung der Ärzteschaft sein. Das Institut für Rechtsmedizin und sein „Ärzte" Birkholz, Ritter und Krämer sind Teil der Klinik Sankt-Jürgen-Strasse. Die Leitung der Klinik und die dort arbeitenden Menschen müssen Farbe bekennen, ob sie akzeptieren bzw. tolerieren, was hier von ihren Kollegen praktiziertz wird. Das Anti-Rassismus-Büro Bremen ruft daher für

Samstag, den 5.Juli, zu einer Protestkundgebung auf dem Gelände der Klinik Sankt-Jürgen-Strasse auf.

Treffpunkt: 11 Uhr, Haupteingang der St.-Jürgen-Strasse.

(...)

Anti-Rassismus-Büro Bremen - ARAB
Tel. 0421/706 444



Das Kino im Schanzenviertel

Die Filme des cubanischen Regisseurs Tomás Gutiérrez Ales, 5.-18. Juni im 3001-Kino

Schanzenstraße 75, im Hof
Telefon 040/43 76 79
U/S-Bahn Sternschanze







Wendländisches Tagungshaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung (Vollwert, vegetarisch, vegan)
- Übernachtung 15,– DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen
- großer Innenhof

Eröffnung Ostern 1997
Voranmeldung ab sofort

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Wustrow OT Lensian
Telefon+Fax: 05843/241
e-mail: kulturverein.schwarzer-hahn@metronet.de



★★★

Für alle FreundInnen der Roten Flora gibt es Sonderpreise für 1997

URBAN NOISE
SOUNDWERKSTATT
DIE KLANG & GERÄUSCH COOPERATIVE

16/24-SPUR RECORDING

Komplette Produktionen von der Aufnahme bis zur fertigen CD möglich

Digitale Nachproduktion

Digitale Sound & Midi Workstation

Tel.: 0172/245 70 75
040/723 25 87

BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL
c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 59
20357 HAMBURG	20357 HAMBURG
TEL 040/4300808	TEL 040/4300888
FAX 040/4301637	SPIELE 040/4396832
	FAX 040/433811

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30 – 18.30, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr

nadir
infoSystem

nadir bietet **eMail** und **newsgroups**-zugang
für billige, schnelle und sichere Kommunkation + Vernetzung
+ betreibt im **internet** ein **informationssystem** zu **linker politik** und **sozialen bewegungen**
mit den bekannten Vorteilen, z.B.: Schnelligkeit, ständige + weltweite Erreichbarkeit, per Suchmaschine einfach zu finden + zu durchsuchen, billig im Gebrauch ...

AKTUELLe *Meldungen und Hintergründe*
z.B. von *AntiFa*-Mobilisierungen, der Botschaftsbesetzung in *Peru*, vom *Lübecker* Brandanschlags-Prozess, vom *Castor*-Transport ...

PERIODIKA *Elektronische Kopien linker Zeitschriften*
Zeck, Angehörigen-Info, Rote Hilfe Zeitung, radikale Zeiten, GegenDruck

ARCHIV *linker Theorie und Praxis aus Geschichte und Gegenwart*
Die Archivierung und Ordnung aller Materialien, die für die weitere Entwicklung emanzipativer Politik von Belang sind ... ist noch nicht abgeschlossen.

INITIATIV *Selbstdarstellungen und Informationen*
von Gruppen und Projekten, die nadir unterstützen und/oder daran mitarbeiten

NETZ *Verweise auf weitere linke Infos, Archive, Kontakte etc. im Internet und anderen Computer-Netzwerken*
Eine Vielzahl von Informations- und Kommunikationsmitteln macht noch kein Netz. Sie müssen auch gegenseitig bekannt und zugänglich sein und sich aufeinander beziehen.

http://www.nadir.org/

KONTAKT

nadir-Café	jeden 1. Mittwoch im Monat in der B5
World Wide Web	http://www.nadir.org/
eMail	nadir@mail.nadir.org
Post	Brigittenstraße 5 20359 Hamburg
fon	040 / 431 89 037 mittwochs 19[00] - 21[00]
fax	040 / 431 89 038

Unsere Konto-Nummer für die allzeit willkommenen Spenden:
Postbank HH, BLZ 200 100 20, Kto-Nr. 797 157 207

Widerstand braucht Theorie...

wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
• Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
• Umstrukturierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
• Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv



... und Praxis

Immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen

Öffnungszeiten:
Mo., Mi. und Fr. 14-19.30 Uhr
FrauenLesbentag Do 16-19 Uhr
Sa 12-15 Uhr

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

rote flora 7/97

Mi. 2/7. *Punk-Konzert* mit *Pankzerkroiza Polpotkin, Yacopsee, Pankah Walla* - Soli für das LIZ; 21 Uhr, Leoncavallo-Raum

Fr. 4/7. Drum & Bass von *HIGH Rollers*, 22 Uhr, Keller
Soli-Party für „radikal" mit Musik aus vielen Stilrichtungen *(kein Techno)* 22 Uhr, große Halle

Sa. 5/7. NUR BEI REGEN: *Shantytown-Sound-System*, ab 20 Uhr, bei Sonnenschein ab 16 Uhr im Donnerspark

Mi. 9/7. Dietrich Dietrichsen hält in der Reihe der Messpunkt Veranstaltungen einen Vortrag über pc-Umgang der Scenekultur. Danach Show und Party, 20 Uhr

Do. 10/7. *Punk-Konzert* mit *`Anomie´* (Frankreich) & *`Soma´* (Münster), 21 Uhr, Leoncavallo-Raum

Sa. 12/7. *Soliparty!* für wen und warum, davon wird später berichtet. (auf Ankündigungen achten!)

So. 13/7. *Techno - House* - „Club der kulturell Verunsicherten", 22 Uhr

Sa. 19/7. Konzert mit *Fink*, 21 Uhr

So. 20/7. Vollmondorchester

Sa. 26/7. Soliparty für Karoshi mit *Hip-Hop* in der Halle und *Raggae* im Basement Karoshi ist ein linkes Zeitungsprojekt. Der Name ist von dem immer häufiger vorkommenden „plötzlichen Managertod" in Japan abgeleitet.



Störte

Sa. 5/7. Dystopia, Unhinged Saugedesta (Elmshorn), 21 Uhr

danach Fishcore - Sommerpause

Sa. 2/8. Ulme, Unhold, Hotzenplotz, 21 Uhr



B 5 (Brigittenstr.5/St. Pauli)

Fr. 4/7. *Jugend-Antifa-Cafe*, ab 19:30 Uhr;
Mit Veranstaltung zum Thema:"Militante Neonazis in und um Hamburg, seit den letzten 10 Jahren".



Jeden 2. & 4. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr: *Rote Hilfe Cafe* mit politischen Veranstaltungen und warmem Essen

